JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

JEWISH PRESS AGENCY . AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

21. JAHRGANG DEZEMBER 1938 No. 1016

21. Jahrgang
Nr. 1016

2. Dezember 1938

Jüdische Presszentrale Zürich

und JÜDISCHES FAMILIENBLATT FÜR DIE SCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Oscar Grün.
Zürich, Flössergasse 8. Telephon 37.516

Erscheint wöchentlich

Nachdruck sowie Reproduktion der Bilder nur nach Vereinbarung mit der Redaktion

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE — JEWISH PRESS AGENCY

Unabhängiges jüdisches Informations-Organ.

Jahresabonnement: Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.20, Einzelnummer 30 Rp. Ausland Fr. 25.— Office in New York: 1776 Broadway - Postcheck-Konto: VIII 5166 - Telegramme: Presscentra Zürich

Zweimal London

Die Tragödie eines landlosen Volkes.

In der Frühzeit der zionistischen Bewegung galt es als eine der vordringlichsten Aufgaben derjenigen, die die im Schoße der Zeit schlummernde Gefahr erkannten oder wenigstens ahnten, eine internationale Diskussion der Judenfrage als Voraussetzung für eine Aktion zu ihrer Lösung zu erreichen. Würde Theodor Herzl heute wiederkommen, so würde er feststellen müssen, daß das Ausmaß der internationalen Diskussion einen Grad erreicht hat, der sich kaum noch überbieten läßt. Wir denken hierbei nicht so sehr an die ununterbrochene, sich geradezu überschlagende Hetze, die fast täglich in der deutschen Presse und neuerdings in den dem Streicherschen Arsenal entnommenen «Kernsprüchen», die der deutsche Rundfunk seinen Sendungen voranschickt, entfesselt wird und die eine permanente Kriegserklärung an die Wahrheit darstellt. Wir denken auch nicht an jene Interpreten der «deutschen Weltanschauung» in anderen Ländern, die sich mit der Judenfrage nicht deshalb beschäftigen, um eine Lösung zu suchen, sondern diejenigen zu verhöhnen, deren menschliches Gewissen bei dem «Wehgeschrei» der körperlich und seelisch Gemarterten sich aufbäumt, und denen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, die sich ernsthaft aus ihrem Gefühl für Menschenwürde heraus um eine Lösung bemühen. Wir verstehen ja recht gut, was die «Frankf. Ztg» meint, wenn sie in ihrer Sonntagsausgabe den Wunsch äußert, die «Diskussionen aus der Sphäre des Moralischen herauszuführen» und begreifen, daß ihr die aufgezwungene Haltung keine ungetrübte Freude bereitet. Heute soll nur von jener Diskussion die Rede sein, die geführt wird mit dem Willen zu einer menschlich und zivilisatorisch vertretbaren Lösung und von Kreisen, die den Willen zur Erkenntnis und den Respekt vor der Wahrheit nicht zu opfern bereit sind. Diese trotz allem wohltuende und unentbehrliche Diskussion hat in der vergangenen Woche wohl ihren Höhepunkt erreicht. In zwei Sitzungen hat das englische Unterhaus sich mit der Judenfrage befaßt — am Montag mit dem Flüchtlingsproblem, am Donnerstag mit der Palästinapolitik —, und wenn auch der Inhalt der Debatten einander nicht ähnelte, wenn in der einen der englische Kolonialminister, in der anderen der Premierminister selber als Sprecher der Regierung auftrat, — beide Debatten waren doch Kapitel eines einheitlichen Romans oder Akt eines einzigen Dramas und es gibt keinen besseren Titel für beides als das von Minister MacDonald geformte Wort von der «Tragödie eines landlosen Volkes».

Sprechen wir zunächst, im Gegensatz zu der chronologischen Reihenfolge, von der Palästina-Debatte, so darf festgestellt werden, daß die Rede des Kolonialministers nicht nur ein hohes Maß von Bewunderung für die glänzende, jeder Kritik standhaltende kolonisatorische Leistung der Juden erkennen ließ, sondern auch das ernste Bestreben zeigte, auf die jüdischen Rechte und Interessen Rücksicht zu nehmen. Der Satz «Wenn ich mich diesem Problem zuwende, empfinde ich Ehrfurcht» kam offenbar aus aufrichtigem Herzen und führt sichtlich zu jenen tiefsten Quellen zurück, aus denen vor 20 Jahren, abseits von allen politischen Nützlichkeits-Erwägungen, die Balfour-Deklaration floß. Trotzdem läßt MacDonalds Darstellung manchem Einwand Raum, der ausgesprochen werden muß. Gewiß hat man damals nicht damit gerechnet, daß in Mitteleuropa das Rad der kulturellen Entwicklung um eine stattliche Zahl von Jahrhunderten zurückgedreht werden könnte, aber dieser Einwand kann sich ja nur auf das Tempo, nicht aber auf das Ziel beziehen. Keinesfalls aber darf außer Acht bleiben, wieviel die Verwaltung in Palästina dazu getan hat, um im Widerspruch zu ihrer klaren Aufgabe das jüdische Aufbauwerk zu hemmen, wie dies teilweise auch in der Debatte zum Ausdruck kam. Wenn der Minister rühmend davon spricht, daß seit 1922 mehr als 250,000 Juden ins Land gekommen sind, daß sie Sanddünen in Orangenhaine verwandelt und die Grenze von Kultur und Zivilisation immer weiter in das öde Land vorgeschoben haben, so ist das ganz gewiß keine Bestätigung dafür, daß England seine Verpflichtung erfüllt hat. Es ist nur ein Beweis für die ungeheure Energie und Kraftanstrengung des jüdischen Volkes, das dies zuwege gebracht hat trotz der Schwierigkeiten von Verwaltungsseite, trotzdem man die Regierungsböden nicht den Juden gab, sondern den ohnehin daran Ueberfluß habenden Arabern, trotzdem im Gegensatz zu jeder anderen kolonisatorischen Leistung jeder Fußbreit Boden mit schwerem Gelde bezahlt werden mußte und trotzdem die Verwaltung einen erheblichen Teil der von Juden stammenden Mittel dazu benutzte, um die Araber wirtschaftlich und kulturell zu fördern. Niemand hat je die Aufnahmefähigkeit des Landes richtig beurteilt und auch für die Zukunft wird das jüdische Volk, wenn man es nicht gewaltsam hindert, alle solche Schätzungen durch die Tat widerlegen, ohne daß dadurch die legitimen Interessen der palästinischen Araber beeinträchtigt werden. In einem Punkte allerdings darf es ein Kompromiß nicht geben — ein Minoritätsstatut ist indiskutabel. Gerade weil es sich hier um den Zusammenprall zweier Kulturen handelt. Das jüdische Volk ist gewiß seiner ganzen Erziehung nach der Gewalt abgeneigt, aber man darf nicht glauben, daß es seinen durch Jahrtausende hindurch bewahrten Anspruch auf sein Land, auf das Erez Israel der Bibel, kampflos preisgeben wird. Das englische Volk, das den köstlichen Besitz der Bibel zu schätzen weiß wie kaum ein zweites, muß das begreifen. Es hat ja schon — auch das zeigte die Debatte, insbesondere in der Rede Churchills — begriffen,

daß die jüdische Position in Palästina durch den Vernichtungswillen der Araber nicht mehr erschüttert werden kann, selbst wenn englische Bajonette für diese Abwehr nicht herangezogen werden. Und schließlich ist ja auch das Verständnis für die Bedeutung Palästinas für die strategischen Interessen des britischen Empire gewachsen. Hat doch Commander Fletcher in der Debatte ausdrücklich festgestellt, daß die strategische Bedeutung Haifas und der gesamten Küste Palästinas heute unvergleichlich größer ist als zur Zeit der Balfour-Deklaration. Darum, wie auch die bevorstehenden Verhandlungen verlaufen werden, die maßgeblichen Gesichtspunkte werden sie nicht erschüttern können: das Recht der Juden und das englische Interesse an einer loyalen Bevölkerung in Palästina. Schließlich muß ja auch in einer Katastrophe von solchem Ausmaß einmal die sittliche Forderung sich durchsetzen, die der Tragödie eines landlosen Volkes ein Ende macht, selbst wenn dadurch die Aspirationen einiger arabischer Führer verletzt werden. Das arabische Volk, nicht viel zahlreicher als das jüdische, hat 200 mal soviel Boden — ohne die Wüsten —, als Palästina enthält, und die Juden werden — wie sie unter Beweis gestellt haben — dieses kleine Land zur Heimat für eine unwahrscheinlich große Zahl von Menschen gestalten.

Diese Lösung erscheint um so dringlicher, je mehr man sie im Lichte der Debatte über das Flüchtlingsproblem betrachtet. Auch hier ein hohes Maß von Verantwortlichkeitsgefühl und gutem Willen. Und dennoch, wie unsäglich enttäuschend das alles. Dieses Herumsuchen auf der Landkarte, ob nicht irgendwo ein Stückchen Boden frei ist, hier 250 Menschen, da vielleicht sogar 20.000. Hier will man nur Landwirte und dort wieder nur Kapitalisten, damit der Standard der weißen Rasse nicht gedrückt wird. Gibt es etwas Deprimierenderes als die Vielheit der Nachrichten in den letzten Wochen über Einwanderungsmöglichkeiten mit all ihren Widersprüchen? Die deutsche Presse höhnt dauernd über den Gegensatz zwischen dem Mitgefühl gegenüber den Juden und der Aufnahmebereitschaft und sie folgert daraus, daß man die Juden als solche ablehnt, während es in Wirklichkeit kaum Schwierigkeiten gäbe, wenn es sich nicht — dank der Auspowerungsmethoden des Dritten Reichs — um Habenichtse handeln würde. Angesichts der akuten Lebensgefahr, die nach den zynischen Erklärungen des «schwarzen Korps» für Hunderttausende von Juden besteht, haben wir kein Recht irgend eine Möglichkeit der Einwanderung, auch wenn es sich nur um ein paar Dutzend handelt, außer Acht zu lassen. Aber die Welt soll nicht glauben, daß auf diesem Wege das Problem als solches gelöst werden kann. Es wird so nur verschleppt und schmerzhafter gestaltet, statt daß durch eine großzügige Regelung dieser Giftstoff, an dem sich so viele andere Konflikte entzünden können, radikal aus der Welt geschafft wird. Müssen wir denn noch öfter erleben, daß ein Land wie Columbien seine Tore nach ganz kurzer Zeit wieder schließt weil die Einwanderer zum größten Teil in der Hauptstadt Bogota hängen bleiben und dort dem ansäßigen Kleinhandel Konkurrenz machen? Normalisierung des jüdischen Volkskörpers bedingt Aufbau einer kompletten Wirtschaft von der Urproduktion bis zur Spitze und ist nur möglich in einem leeren oder fast leeren Lande. Das sollten nicht nur die Staatsmänner wissen, sondern auch jene Juden, die sich für eine solche Regelung bisher nicht erwärmen konnten. Die Zeit drängt. Es handelt sich um das nackte Leben von Hunderttausenden und es gibt keine Ideologie, die ein Versagen in dieser Situation rechtfertigen könnte.

Was Herzl einst erträumte und kaum zu hoffen wagte, ist Wirklichkeit geworden: Die Judenfrage ist ein Weltproblem geworden und die Diskussion in vollem Gange. Aus den Ruinen jüdischer Arbeitsstätten, die mittelalterlicher Geist verschuldet hat, wird der Genius unseres Volkes neue, wohnlichere und dauerhaftere gestalten, wenn seine schöpferische Kraft — wie wir hoffen — ungebrochen ist.

Die amerikanische Sammlung für Palästina-Einwanderer.

Agence Havas meldet aus New-York: Das Vereinigte Palästina-Komitee der Juden hat Sonntag die Sammelaktion für die Ermöglichung der Einwanderung der jüdischen Flüchtlinge in Palästina begonnen. Der Präsident des Komitees Jacobi hat erklärt, daß er innerhalb sechs Monaten 10 Millionen Dollar sammeln wolle. Die Aktion wurde auf Grund der Erklärungen des englischen Kolonialministers MacDonald eingeleitet. Der Minister hatte nämlich erklärt, daß seine Regierung den Plan studieren werde, wonach man 8000 deutschen Juden die Einwanderungserlaubnis für Palästina erteilen möge.

Palästina-Konferenz Ende Januar.

London, (Havas.) Mit dem Zusammentritt einer Palästinakonferenz Ende Januar in London kann nun bestimmt gerechnet werden. Die britische Regierung soll einer Kompromißformel für die Vertretung der Araber auf Vorschlag verschiedener Araberstaaten zugestimmt haben. Der Großmufti würde an der Konferenz nicht teilnehmen, dagegen Delegierte des arabischen Oberrates.

Die Bne Brith-Logen in Polen aufgelöst.

Warschau. (J.T.A.) Die Behörden haben die sofortige Auflösung der Bne Brith-Logen in ganz Polen verfügt. Das Hauptbüro der Bne Brith in Warschau wurde geschlossen und polizeilich versiegelt. In dem amtlichen Communiqué wird die Maßnahme damit begründet, daß «dieser humanitäre Orden deutlich freimaurerischen Charakter trug». Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Auflösungsverfügung wurde das Vermögen der Bne Brith-Logen beschlagnahmt.

Eine Rede Léon Blums.

Gestern tagte in Paris die IX. Landeskonferenz der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (LICA). Der ehemalige Ministerpräsident Léon Blum befaßte sich mit dem Emigrantenproblem. Einleitend erklärte er, daß er sich stets mit Stolz zu seinem Judentum bekannt habe. Er mißbilligte, daß so viele vermögende französische Juden die jüdischen Emigranten der östlichen Länder nicht unterstützen. Blum gab schließlich der Ansicht Ausdruck, daß man die Juden in den Kolonialgebieten ansiedeln könnte, jedoch müsse man darauf achten, daß sie sich dort nicht wie in einem Sammellager fühlen.

Ableben des Pianisten Leopold Godowsky.

Wie aus London gemeldet wird, ist der weltberühmte Klavierkünstler Leopold Godowsky im Alter von 68 Jahren einer in New-York durchgeführten Operation erlegen. Godowsky, der in Wilna das Licht der Welt erblickt hat, führte das Leben großer internationaler Künstler. Seine musikalische Ausbildung erhielt er in der Berliner Hochschule für Musik. Kaum 14 Jahre alt, gab er bereits in den Vereinigten Staaten Konzerte, zwei Jahre später wurde er in Paris gefeiert und absolvierte in den folgenden zwei Jahren Konzerttourneen in Frankreich und London. 1891 wurde er in das Chicago Musical Conservatoire als Professor berufen.

Kundgebungen für die deutschen Juden.

Brüssel. In der belgischen Kammer protestierte der liberale Abgeordnete und Bürgermeister von Brüssel, Max, im Namen seiner Partei gegen die Behandlung der Juden in Deutschland. Die Pogrome, sagte er, schänden die Menschheit und werfen sie um Jahrhunderte zurück. Die Worte des Bürgermeisters wurden vom gesamten Parlament mit lebhaftem Beifall begrüßt. Am Schluß der Debatte brachten der frühere Ministerpräsident Carton de Wiart (Katholik), Bürgermeister Max und Vandervelde (Sozialist) einen Antrag ein, der das Vertrauen der Kammer der Regierung gegenüber zum Ausdruck bringt, daß diese zur Organisierung einer internationalen Konferenz zwecks Lösung des Flüchtlingsproblems beitragen wird.

New-York. Der Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, erklärte in einer Rundfunkansprache, daß sich ein moralischer Ring um Deutschland schließe und daß das Reich «bereits den Stachel der Beunruhigung in seiner Wirtschaft spüre». Die führende Presse, wie «New-York Times» und «Herald Tribune», unterstützen diese Bewegung. Präsident Roosevelt hat den amerikanischen Buß- und Bettag auf den 24. November angesetzt. Seine Botschaft schließt mit den Worten: «In dieser für uns glücklichen Zeitperiode ist es angezeigt daß das amerikanische Volk für die Unglücklichen betet, die in anderen Ländern in großer Not leben. — Am Mittwoch nachmittag schlossen 20.000 Einzelhändler ihre Läden eine Stunde lang als Zeichen des Protestes gegen die Judenverfolgungen in Deutschland.

Paris. Im Riesensaal der Mutualité versammelten sich auf Einladung der Liga gegen Rassismus und Antisemitismus mehr als 10.000 Personen. Juden und Nichtjuden um gegen die grauenvollen Judenverfolgungen in Deutschland zu protestieren. Tausende weitere Personen konnten keinen Platz mehr im Saale finden. Den Vorsitz führte Abg. Marcel Regis.

Toronto. Der ehemalige Präsident der U.S.A., Herbert Hoover, der jetzt in Kanada weilt, erklärte in Toronto: «In Deutschland sehen wir unter nationalsozialistischer Kontrolle die scheußlichste Verfolgung der Juden seit ihrer Austreibung aus Spanien im Mittelalter.» Hoover verlangte die moralische Aufrüstung in der Welt, um die Achtung vor der Würde des Einzelmenschen und der menschlichen Brüderlichkeit zu verteidigen.

New-York. (Havas.) In den Kirchen aller Konfessionen wurden für die deutschen jüdischen Flüchtlinge am Sonntag Gebete gesprochen. Kardinal O'Connel erklärte vor der «Vereinigung Katholischer Clubs in Boston», daß in Deutschland «eine kleine Gruppe versucht, nicht nur die Juden, sondern sogar Gott zu beseitigen.»

Zwei Anstreicher- und Innendekorateurgewerkschaften gaben bekannt, daß ihre 15.600 Mitglieder vier Wochen lang Ueberstunden machen würden, um 100.000 Dollar für jüdische Flüchtlinge aufzubringen.

Montreal. In Kanada fanden am vorigen Montag 35 riesige Protestkundgebungen statt. In Montreal präsidierte Chief Justice Greenshields. In Halifax sprachen Chief Justice Chisholm und der Präsident der Universität. In Quebec sprach der Handelsminister und in Kingston der Titular-Erzbischof. In Toronto nahmen 17.000 Personen teil und Tausende fanden keinen Zutritt.

Buenos Aires. Führende argentinische Parlamentarier, Studentenverbände und andere Organisationen veröffentlichen scharfe Resolutionen gegen die Judenpogrome in Deutschland und verlangen, daß Argentinien seine Tore den Flüchtlingen öffnet.

«Le Temps» berichtet, daß der frühere Präsident von Argentinien, Dr. de Alvear, seinem Sonderkorrespondenten die folgende Erklärung abgegeben hat:

La force ne réside pas dans l'intolérance, ni dans la cruauté, ni dans le terreur. La force véritable et permanente, qui continuera de gouverner le monde à travers les siècles, réside dans la conscience pure et droite, dans le droit, dans les préceptes de la morale, dans les croyances religieuses de n'importe quel credo. Elle est dans la conscience universelle, qui s'est prononcée aujourd'hui contre l'Allemagne. Jamais l'Allemagne, malgré sa force apparente, n'a été plus faible qu'à l'heure présente.

Les hommes et les systèmes sont transitoires. Seuls, les idéals élevés, qui animent les peuples et les nations, restent permanents dans l'histoire. La force et le pouvoir matériel passent avec les événements et disparaissent avec les ans.

A certain moment de l'histoire humaine, les barbares purent envahir, violer et apparemment détruire la plus grande civilisation que la Grèce et Rome créèrent sur les rives de la Méditerranée, mais les Barbares passèrent comme les ombres d'un cauchemar. Il ne reste que le souvenir de leurs horreurs. En échange, les hautes valeurs spirituelles, établies sur la terre européenne par la civilisation greco-latine, continuent d'inspirer tous les hommes qui poursuivent la grandeur de l'humanité.

London. (J.T.A.) Die von Lady Rhonda herausgegebene Frauen-Wochenzeitschrift «Time and Tide» veröffentlicht eine Sonderbeilage über die Verfolgung der Juden, die Beiträge von Neville Laski, Prof. Sigmund Freud, Bernard Shaw, Sir Norman Angell, Lord Rothschild, den Abgeordneten Harold Nicolson und Herbert Morrison, dem bekannten amerikanischen Journalisten Edgar Mow und Philip Guedalla enthält. Prof. Freud schreibt: «Ich kam als vierjähriges Kind aus einer kleinen Stadt in Mähren nach Wien. Nach 78 Jahren, von denen ich mehr als 50 Jahre anstrengend arbeitete, mußte ich mein Heim verlassen und zusehen, wie die von mir gegründete Wissenschaftliche Gesellschaft aufgelöst wurde, wie man unsere Institutionen zerstörte, unser Verlag von den Eindringlingen übernommen wurde, wie die von mir veröffentlichten Bücher konfisziert und eingestampft, meine Kinder aus ihren Berufen hinausgestoßen wurden.»

Bernard Shaw schrieb: «Wir sprechen von einem jüdischen Problem. Es gibt kein Problem, es gibt nur die grausame Tatsache, daß Hitler die Juden ausplündert, ebenso wie Heinrich VIII. die Kirche ausgeplündert hat, und daß man dabei noch erwartet, daß wir hierzu unsere Hilfe geben werden. Ich habe mich dadurch, daß ich den deutschen und den italienischen Führer gegen die törichten Beschimpfungen, die die Sprecher und die Journalisten unserer Pseudo-Demokratie auf sie häuften, verteidigte, bereits politisch kompromittiert; jetzt aber muß ich, da jene beiden mich dadurch, daß sie sich zu Antisemitismus herabließen, blamiert haben, wirklich alle Sympathie mit diesem Anachronismus fahren lassen.

Um das Wanderungs-Problem.

U.S.A. In seiner Erklärung an die Presse, wonach die amerikanische Regierung die Möglichkeiten einer Ansiedlung von Juden auf Alaska prüfe, gab der Innenminister Harold Ickes der Meinung Ausdruck, daß sich im Matanuska-Tale Möglichkeiten für deutsche Juden auf industriellem Gebiete und auf anderen Gebieten öffnen würden.

Washington. (Havas.) Der Vizepräsident des Internationalen Flüchtlingsausschusses, Myron Taylor, richtete an alle amerikanischen Staatsbürger einen Aufruf zur Unterstützung der deutschen Flüchtlinge. Im Aufruf heißt es, daß er seine Bemühungen fortsetze, auch von der deutschen Regierung eine Mitwirkung zu erlangen.

— (J.T.A.) «New-York Herald Tribune» will erfahren haben, daß der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, dem Präsidenten Roosevelt den Vorschlag gemacht habe, den früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, mit der Leitung der interstaatlichen Organisation für die Wiederseßhaftmachung der Flüchtlinge zu betrauen.

— Der Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes, Norman Davis, erklärte, daß das amerikanische Rote Kreuz die Frage der schnellsten Hilfeleistung für Flüchtlinge aus Deutschland studiert.

London. Die Blätter melden, daß der Gesetzgebende Rat der den Vereinigten Staaten gehörenden Virginischen Inseln eine Entschließung angenommen hat, wonach das Inselland den Flüchtlingen ein Asyl anbietet. Präsident Roosevelt und die amerikanischen Staatssekretäre des Innern und der Arbeit seien hiervon in Kenntnis gesetzt worden.

Britisches Reich. Bei den englisch-französischen Ministerbesprechungen in Paris ist auch die Frage der jüdischen Flüchtlinge erörtert worden. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese Angelegenheit vor den Winterton-Ausschuß zu bringen. Paris und London wären gegebenenfalls geneigt, dem Ausschuß weitgehende moralische und materielle Unterstützung zu gewähren.

London. (J.T.A.) Sofort nach der Ankunft von Myron C. Taylor in London wird dort am 1. Dezember eine erste vorbereitende Ausschußsitzung stattfinden. An ihr werden Lord Winterton für England, sowie Vertreter Frankreichs, Hollands, Argentiniens und Brasiliens und der amerikanische Direktor des Komitees, G. Rublee, teilnehmen. In dieser Sechsmächte-Besprechung soll erst Beschluß über die Einberufung der großen Konferenz von 32 Mächten beschlossen werden.

London. (J.T.A.) Der Vorsitzende des Interstaatlichen Komitees für Hilfe an die Flüchtlinge, Lord Winterton, hielt durch den Rundfunk eine Ansprache an das amerikanische Volk, in der er ausführte: Sympathie allein ist nicht genug, wir müssen eine große und spezielle Anstrengung machen, diesen Unglücklichen zu helfen. Wir sind bereit, so viele Kinder aufzunehmen, als die Privatorganisationen erhalten können; es besteht auch Aussicht, in kurzer Zeit viele Tausende Kinder unterzubringen. Die Zahl derer, denen die Auswanderung aus Deutschland ermöglicht werden muß, ist ungeheuer groß, gewiß nicht kleiner als 600,000. Es steht außer Zweifel, daß jede Regierung mehr tun müsse, als das Problem nur gerade am Zipfel zu fassen. Das Problem ist ein internationales, kein Land kann es allein lösen.

— Ueber die Arbeitsweise des Home Office bei der Erteilung von Einwanderungsvisa erklärte Sir Samuel Hoare: Wann immer durch die Nachforschungen der Komitees der Beweis dafür erbracht worden sei, daß der Gesuchsteller entweder einen Freund in England habe, der imstande ist, für ihn aufzukommen, oder wenn der Betreffende selbst imstande ist, für sich aufzukommen, so bewillige das Home Office stets das Einwanderungsvisum. Er begrüße in der Flüchtlingsfrage vor allem den ihm von Lord Samuel gemachten Vorschlag, jüdische Kinder nach England zu nehmen. Das Home Office sei bereit, die notwendigen Visa zu erteilen, ganz unabhängig von der Zahl, sofern nur für jedes Kind der Nachweis erbracht wird, daß, sei es durch eine Organisation, sei es durch großherzige Einzelpersonen, die Verpflegung und Erziehung gesichert sei.

London (J.T.A.) Im Verlauf dieser Woche wird die erste Gruppe jüdischer Kinder aus Deutschland in England eintreffen und vorübergehend in einem Lager untergebracht werden.

Viscount Samuel und Lord Selborne, die Vorsitzenden des Komitees, haben einen Appell erlassen, Kinder in Privathäuser aufzunehmen. In dem Appell wird gesagt, daß mindestens 50.000 Kinder sofort aus Deutschland herausgebracht werden müssen.

«Daily Herald» berichtet, daß zwölf englische Persönlichkeiten zusammen 250 000 Pfund für den englischen Fonds zur Rettung deutscher und österreichischer Juden gezeichnet haben. Andere 300 Männer und Frauen, meist Nichtjuden, haben zusammen 42.000 Pfund gespendet.

London. (Havas.) Lord Baldwin wird am 7. Dezember einen Appell zugunsten der ausgewanderten Juden und zur Bildung eines Hilfsfonds erlassen. Man glaubt, daß sich die führenden Persönlichkeiten der englischen Kirchen aller Konfessionen die Mitwirkung Lord Baldwins sicherten, um der Bewegung zur Hilfeleistung für die ausgewanderten Juden möglichst großen Antrieb zu geben.

— Die Regierung der südafrikanischen Union, bei der man sich um eine Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen zugunsten der deutschen Flüchtlinge bemüht hat, scheint nicht geneigt zu sein, die gesetzlichen Verordnungen, die eine Immigration praktisch unmöglich machen, abzuändern.

Dagegen erfährt «Daily Mail», daß der südafrikanische Verteidigungsminister Pirow nächsten Sonntag sich nach Rom begibt, um mit dem Außenminister Ciano über afrikanische Kolonialfragen, namentlich aber über die Schaffung einer jüdischen Einwanderungszentrage in Aethiopien zu verhandeln. (?)

Meldungen aus Bulavayo (Rhodesien) besagen, die zuständigen nordrhodesischen Stellen hätten sich entschlossen, vorerst 25 deutschen Juden die Einwanderungs- und Siedlungsgenehmigung zu erteilen. Von diesen 25 Juden müßten fünf verheiratet sein. Nach einer einjährigen landwirtschaftlichen Ausbildung würde den Einwanderern eigene Farmen zur Verfügung gestellt werden. Sollten sie sich im Laufe von fünf Jahren nicht bewähren, so müßten die Siedler das Land wieder verlassen. Falls sich dieses System bewähre, so würde in Erwägung gezogen werden, insgesamt 150 Flüchtlingen die Einwanderung nach Nordrhodesien zu gestatten.

Kuba. Habana. (United Preß.) Wie das Außenministerium bekannt gibt, haben die kubanischen Konsulate im Auslande Anweisung erhalten, allen Juden Visa zu erteilen, die die durch das Einwanderungsgesetz vorgeschriebene Garantiesumme von 500 Dollars hinterlegt haben.

Costarica. (MTI.) Die Pariser Gesandtschaft Costaricas erhielt die Weisung, die Einreisegesuche jüdischer Emigranten abzulehnen.

Aegypten. In seiner Thronrede hat König Faruk von Aegypten außer einer Rüstungsverstärkung auch ein Gesetz angekündigt, das jede weitere Einwanderung nach Aegypten verhindern soll.

Dänemark. In einem Radiovortrag stellte Justizminister Steincke fest, daß sich gegenwärtig in Dänemark nur 1300 Flüchtlinge befinden, davon etwa 900—1000 Juden. Trotz allen Mitgefühls, welches die Behandlung der Juden in Deutschland hervorrufe, könne Dänemark, ein kleines Land mit großer Arbeitslosigkeit, zur Linderung der Flüchtlingsnot nichts beitragen.

Belgien. (Stefani.) Das Abgeordnetenhaus hat mit 151 Stimmen einen Beschluß in der Angelegenheit der jüdischen Emigranten angenommen. Danach vertraut das Haus darauf, daß die Regierung sich in die Verhandlungen zur Regelung der Judenfrage einschalten werde.

Luxemburg. (Havas.) Die Regierung teilte heute auf eine Anfrage der niederländischen Regierung mit, daß Luxemburg in der Judenfrage alles Mögliche getan habe. Das Großherzogtum gewährt nur Personen über 60 Jahren eine ständige Aufenthaltsbewilligung, aber nur solchen, deren Lebensbedingungen gesichert sind.

Rußland. (MTI.) «Le Matin» läßt sich aus Moskau melden, die Sowjetregierung habe beschlossen, in Zukunft sich mit dem Problem der jüdischen Emigration nicht mehr zu befassen.

«Manchester Guardian» berichtet aus Moskau, daß unter den dort zuletzt Verhafteten sich zahlreiche jüdische Flüchtlinge aus Deutschland befinden. Von den 100 jüdischen Aerzten, die 1936 und 1937 eingeladen wurden, ins Land zu kommen, wurden 15, die Sowjetbürger wurden, verhaftet, und 50, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft behielten, ausgewiesen.

Rumänien. (MTI.) Die gesamte Presse veröffentlicht an auffallender Stelle die Mitteilung des offizösen Orient-Radio, wonach im Laufe der anläßlich des Londoner Besuches des Königs Carol geführten englisch-rumänischen Beratungen die rumänischen Experten die Notwendigkeit einer dringenden und radikalen Lösung der Judenfrage betonten und auch eine internationale Kooperation in dieser Beziehung urgierten. Politische Kreise hoffen, daß man eine internationale Konferenz zur Lösung der Judenfrage einberufen werde, was vom Standpunkt Rumäniens von großer Wichtigkeit wäre, da im Lande mehr als anderthalb Millionen Juden leben.

Dominikanische Republik. Berlin. Der hiesige Gesandte der Dominikanischen Republik Despradel, läßt erklären, daß die Meldungen, wonach die dominikanische Regierung in Verhandlungen über die Aufnahme von 100,000 stehe, nicht den Tatsachen entspreche. — Wir hatten diese aus Berlin stammenden Meldungen wegen ihrer offenbaren Unwahrscheinlichkeit nicht wiedergegeben.

Jugoslawien. Alle Konsulate und Paßstellen Jugoslawiens in Deutschland, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurden angewiesen, Juden keinerlei Einreisevisa zu erteilen.

China. Shanghai. An Bord des «Comte Rosso» trafen am 24. November 200 jüdische Flüchtlinge in Shanghai ein.

Befreit aus Niemandsland.

Prag. Seit Tagen befanden sich 13 Flüchtlinge (fünf Frauen und acht Männer) aus dem Sudetengebiete (hauptsächlich aus den Orten Kaaden und Meretitz), im sogenannten Niemandsland zwischen Weberschan und Lenešice bei Louny. Sie mußten im Freien in einem Straßengraben schlafen. Zwei der Männer waren Greise im Alter von 79 bezw. 83 Jahren. Donnerstag nachmittag wurden die Flüchtlinge auf Grund einer Intervention über die Grenze in die Tschechoslowakei gelassen.

Emigranten schaffen Arbeit in Nord-Irland.

Nachdem in Newtonards ein Emigrant ein auf Heimindustrie abgestelltes Unternehmen mit großem Erfolg errichtet hat, wird jetzt Londonderry in den Plan einbezogen. Mit zwei einheimischen Kaufleuten wird dort eine Fabrik für Strickkleider errichtet. Hierfür werden ehemalige Seeleute angelernt. Die Instruktoren sind Wiener Emigranten. Nach den guten Erfahrungen will die nordirische Regierung nunmehr weitere solcher Projekte fördern.

Salisbury. (J.T.A.) Nach einer Aussprache im Kabinett über das Problem der jüdischen Einwanderung in Süd-Rhodesien erklärte Ministerpräsident Huggins, eine Einwanderung in großem Maßstabe sei unmöglich, Süd-Rhodesien werde jedoch gemeinsam mit allen zivilisierten Ländern an einer Lösung des Gesamtproblems mitarbeiten.

Ottawa. Der kanadische Ministerpräsident W. L. Mackenzie King teilte in einer Pressekonferenz mit, Anfang 1939 werde im kanadischen Parlament eine Debatte über das Flüchtlingsproblem stattfinden.

Canberra. («United Preß.») Der «menschenleere Norden» Australiens, das Nord-Territorium, soll jetzt einer stärkeren Einwanderung und Besiedlung eröffnet werden. Die Bundesregierung hat die nordaustralische Regierung in Darwin damit betraut, für die Besiedelung zu sorgen. Man hofft, weite Teile des Landes für die Schafzucht nutzbar zu machen, die vorher durch die weniger genügsamen Rinderherden kaum ausgenützt wurden. Um eine dichtere Besiedlung zu ermöglichen, will man den neuen Siedlern bessere Transportgelegenheiten geben. Es sollen Straßen angelegt und zwei neue Eisenbahnlinien gebaut werden.

— Das australische Kabinett hat beschlossen, die Frage einer vermehrten Einwanderung von Flüchtlingen aus Deutschland und Oesterreich wohlwollend zu prüfen. Im vergangenen Jahr wanderten in Australien 8000 Personen aller Nationalitäten ein. Ein wachsender Zustrom europäischer Juden war in den letzten Monaten zu verzeichnen, die nach den Ermittlungen der Regierung ohne Schwierigkeit Arbeit gefunden haben. Die Frauen haben hauptsächlich Stellungen in Haushaltungen angenommen. Das Kabinett erwägt jetzt die Ausarbeitung eines Quotensystems, bei dem die Juden in der Weise bevorzugt werden sollen, daß auf sie die Hälfte der Gesamtzahl der Einwanderer entfallen wird.

Frankreich. Paris. (Exchange Telegraph.) In den vorgestrigen Ministerbesprechungen kam auch die Frage der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland zur Sprache. Außenminister Bonnet machte das konkrete Angebot, zehntausend jüdische Flüchtlinge in die französischen Kolonien aufzunehmen, falls die Vereinigten Staaten und Großbritannien gleichfalls Emigranten einlassen.

Paris. Der außenpolitische Ausschuß der französischen Kammer gab der Erschütterung über die Verfolgungen Ausdruck, deren Opfer gewisse religiöse und rassische Minderheiten sind, wobei auf ähnliche Kundgebungen im Ausland und besonders im britischen Unterhaus hingewiesen wurde. Schließlich wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das Flüchtlingsproblem eine internationale Lösung erhalte. Vor der Beschlußfassung ergriffen das Wort G. Bergery, S. Grumbach, Yvon Delbos, Léon Meyer und J. Mistler.

Paris. Die französische Regierung hat ihrem Vertreter im Londoner internationalen Ausschuß für Flüchtlingsfragen, Senator Henry Bérenger, einen Plan übergeben, der die Aufnahme einer gewissen Anzahl von Juden aus Deutschland in solchen Gegenden vorsieht, die von den großen französischen Städten, insbesondere von Paris, in einer gewissen Entfernung liegen.

— Aus englischer Quelle verlautet, daß bei den Verhandlungen der englischen und französischen Minister die Frage der Siedlung auf Madagaskar, die schon früher wiederholt angeschnitten worden ist, erneut erörtert worden ist.

Paris. Ministerpräsident Daladier empfing eine Abordnung des Verbandes zur Verteidigung der Juden in Mittel- und Osteuropa, die sich aus Senator Justin Godart, Senator Maurice Dormann, Domherr Hippolyte Hemmer, Pastor Jean Lauga, Prof. J. Hadamard und Boris Gourévitch zusammensetzte. Die Besprechungen dauerten eine Stunde. Unter anderem wurde verlangt, die Regierung solle den Plan der Seßhaftmachung von Juden auf Madagaskar unterstützen, wo man nach Meinung des Gouverneurs 6 bis 7 Siedlungszentren zu je 30,000 bis 80,000 Hektar kulturfähigen Bodens schaffen könnte

— Metz. (Havas.) 74 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, denen es gelungen war, schwarz über die deutsch-französische Grenze zu gelangen, wurden von den französischen Behörden auf das deutsche Gebiet zurückgewiesen.

Holland. Die Regiernug hat mitgeteilt, daß seit dem 7. November etwa tausend Erwachsene und eine größere Anzahl Kinder in den Niederlanden zugelassen wurden. Die Regierung bereitet ferner die Zulassung größerer Gruppen von Erwachsenen und Kindern vor. Da die Gesuche einen außerordentlichen Umfang angenommen haben, muß notgedrungen eine starke Sichtung erfolgen. Personen, die ein Visum für andere Staaten besitzen und sich hier bis zum Antritt ihrer Reise in Sicherheit bringen wollen, wird die Einreise unbegrenzt gestattet. Die Geldsammlungen haben einen großen Umfang angenommen. Zahlreiche Unternehmungen haben sich verpflichtet, freiwillig einen Teil ihres Umsatzes an die Flüchtlingskomitees abzutreten und in Kreisen der Angestellten und Arbeiter ist die Opferwilligkeit nicht geringer. Am 3. Dezember findet eine große Haus- und Straßensammlung der holländischen Jugend statt, die das ganze Land umfassen soll. Alle Jugendverbände sollen bei dieser Sammlung mithelfen.

Kulissengeheimnisse eines pfeilkreuzlerischen Blattes.

In der Klage, die der Mitarbeiter mehrerer rechtsradikaler Zeitungen, Karl Machay gegen die Führer der Szálasi-Partei, Franz Szálasi, Koloman Hubay und den Grafen Ludwig Széchenyi wegen Verletzung des Urheberrechts führt, zählte der Kläger die verschiedenen Unternehmungen auf, von denen er für das pfeilkreuzlerische Blatt Bátorság Beiträge einkassiert hätte. Auch der Vertreter der Beklagten legte eine Liste vor, worin die von Machay abgeschlossenen Geschäfte aufgezählt werden. Der klägerische Vertreter machte gegen diese Liste die Einwendung, sie sei unvollständig, sie enthalte lediglich die Namen der christlichen Firmen, die Namen der jüdischen Firmen fehlen.

Machay: Ich habe bei einer Bank für die beiden Organe des Grafen Pálffy 300 Pengö einkassiert, dieser Punkt fehlt hier, ferner sehe ich nicht die Beträge, die ich von Divat-Csarnok und von der Firma Manfred Weisz behoben habe.

Klagevertreter Dr. Villax beantragt, die Beklagten sollen verpflichtet werden, ihre Bücher vorzulegen zum Beweis, von welchen jüdischen Firmen sie für die pfeilkreuzlerischen Blätter Beträge behoben haben. Der Gerichtshof gab diesem Antrag statt.

Guyana.

Mit Rücksicht darauf, daß dieses Gebiet seitens der englischen Regierung in ernste Erwägung gezogen wird, geben wir nachstehend einige Daten nach dem Sammelwerk von Dr. Mark Wischnitzer, dem früheren Leiter des Hilfsvereins der deutschen Juden.

Guyana, im Norden Südamerikas, an der karibischen Meeresküste gelegen, ist französisches, englisches und holländisches Kolonialland; der holländische Teil heißt Surinam.

In der französischen Kolonie, dem berüchtigten Cayenne, gab es vor 1664, als das Land in holländischem Besitz war, eine jüdische landwirtschaftliche Siedlung, die von David Nassi, einem sefardischen Juden, im Einvernehmen mit der Holländisch-Westindischen Kompanie angelegt wurde. Die Die Siedler genossen weitgehende bürgerliche und religiöse Rechte.

Im Gebiet von Britisch-Guyana, das ehemals ebenfalls holländischer Besitz war, gründete die Holländisch-Westindische Kompanie im Jahre 1648 am Pomeroon, dem Nebenflusse des Essequibo, die Siedlung «Neu-Middleburg» mit etwa 1000 Familien, die zur Hälfte sefardisch waren. Die Kolonisten pflanzten Zuckerrohr und betrieben Fischfang. Die Siedlung entwickelte sich durch Zuzug von aus Cayenne vertriebenen Farmern, wurde aber 1666 von Engländern und Franzosen zerstört. Die ansäßigen Cayenner Farmer zogen nach Mittel-Guyana, die zugezogenen zerstreuten sich auf den Antillen. 1925 gab es in Britisch-Guyana eine jüdische Bevölkerung von 1786 Seelen, vornehmlich in der Hauptstadt George-Town.

Das Land mit seinen bedeutenden Bodenschätzen, seinen Zuckerkulturen, seinem Waldreichtum ist schwach besiedelt. Auf einer Bodenfläche von 90,000 Quadratmeilen lebt eine Bevölkerug von nur 310,000 Seelen. Britisch-Guyana wird als Einwanderungs- und Siedlungsland günstig beurteilt. Es kommt dort neben Zucker-, noch Reis-, Kaffee- und Tabakbau in Frage. Infolge des Abkommens von Ottawa darf der Anbau von Kaffee in Guyana, der vor einigen Jahren wegen Absatzmangels aufgegeben wurde, wieder fortgesetzt werden. Augenblicklich kann z. B. der Kaffeebedarf von Kanada nicht einmal befriedigt werden. Im Straßenbau sind Fortschritte zu verzeichnen, und es bestehen Ausbaupläne, die eine weitere Erschließung des Landes, das wegen seiner Fruchtbarkeit mit Jamaica verglichen wird, ermöglichen sollen.

In Holländisch-Guyana oder Surinam erleben die jüdischen Siedlungen interessante und wechselvolle Schicksale. Die Engländer, die früher Herren der Kolonie waren, gewährten 1644 den aus Spanien und Portugal in der Hafenstadt Paramaribo eingetroffenen Scheinchristen freie Religionsübung und autonome Gemeindeverfassung. Die Holländer bestätigten diese Privilegien (1687) nach der Besitzergreifung des Landes. Obwohl die Siedlung in Paramaribo sich nicht ungünstig entwickelte, wurde sie später aufgegeben. Die Kolonisten verließen das Gebiet und gründeten 1669 mit jüdischen Pflanzern, die aus Brasilien kamen, eine neue größere Siedlung «Joden Savanne» (Judensteppe), die sich zu hoher Blüte entfaltete. An der Spitze der Kolonie stand Samuel Nassi. Die jüdische Miliz mußte dauernd auf der Hut sein, um die Kolonie gegen Ueberfälle der Franzosen und Einheimischen zu verteidigen. Durch die Verdrängung des holländischen Zuckers vom europäischen Markt geriet die Kolonie in Verfall und wurde 1832 aufgegeben. Der Boden gehört noch heute der sefardischen Gemeinde von Paramaribo. Außer der sefardischen besteht dort eine aschkenasische Gemeinde. 1931 betrug die Zahl der Juden in Paramaribo nur 640. Sie nehmen eine maßgebende Stellung in der Kolonie ein, sind führend im Handel, haben Teil an der Ausbeute der Goldfelder und bekleiden öffentliche Aemter. In der Kolonialtruppe sind jüdische Offiziere eingestellt.

Kenya.

Kenya liegt an der Ostseite Afrikas zwischen Abessinien und Portugiesisch-Ostafrika. Hier leben ungefähr drei Millionen Eingeborene und 40,000 Inder. Die Inder sind hauptsächlich im Handwerk und Handel vertreten. Man sieht sie auf Lokomotiven, in den Banken, als Stationsmeister, in den Postbüros und in allen kommerziellen Positionen.

Die Neger verrichten hauptsächlich die Farmerarbeiten. Die Hausangestellten sind ausschließlich Männer, die besonders in diesem Beruf ausgezeichnet sind. Es ist aber nichts Ungewohntes, sie bei allen anderen Arbeiten in einer gewissen Anzahl anzutreffen. Die Regierung hat spezielle Schulen eingerichtet, in denen sie für Handwerk, Landwirtschaft und Büroarbeiten erzogen werden. Es besteht kein Schulzwang. Trotzdem ist die Zahl der Schüler — die zwischen 7 und 60 Jahren alt sind — im Jahre 1938 um das doppelte gestiegen.

Unter diesen Millionen leben ungefähr 20,000 Weiße. Obwohl die Europäer und Inder — in manchen Fällen auch Schwarze — sich frei im geschäftlichen und sportlichen Leben begegnen, wohnen sie in verschiedenen Teilen der Städte und haben keinerlei gesellschaftliche Verbindungen miteinander.

Das Klima Kenyas ist außerordentlich gesund und gut. Malaria tritt nur in ganz wenigen Gebieten auf. In den Nächten ist es oft so kalt, daß man überall an den Abenden Feuer in den Kaminen vorfindet. Mombasa, der große Einfuhrhafen, ist außergewöhnlich heiß in bestimmten Monaten. Aber die Menschen, die mehr im Inneren des Landes leben, finden ein gemäßigteres und gesundes Klima vor.

Nairobi, die Hauptstadt Kenyas, ist der Sitz der kolonialen Regierung. Es hat ausgezeichnete Straßen und moderne Gebäude und seine Entwicklung von einem kleinen Eisenbahndepot zu dem Zentrum Ostafrikas ist erstaunlich. Luxuriöse Hotels mit Tanzorchestern, Aufzug und allen Annehmlichkeiten eines europäischen Hotels, lassen den Besucher schnell vergessen, daß er in Afrika ist. Auf den Straßen sieht man mehr Autos — meistens amerikanische Wagen — als Fußgänger. Alle Religionsgemeinschaften und Missionen haben hier ihre Hauptquartiere. Erstklassige Eisenbahnen, mit Schlafwagen und «Diningcars» leiten durch die hauptsächlichsten Provinzen.

Kenya ist erst in den letzten vierzig Jahren entwickelt worden. Das Land ist fortschrittlich, jung und tatkräftig. Es hat eine Gemeinschaft, die sich für immer hier niedergelassen hat und deren Kinder es als eine Heimat betrachten und nicht nur als ein Land, in dem man versucht, Geld zu machen. Es ist fruchtbar und bringt ungefähr viermal so viel Mais hervor wie der südafrikanische Farmer erzeugen kann. Die einzigen Teile, die unbebaubar sind, liegen zwischen dem Hochland und der Küste, ferner bestimmte Flächen im Norden.

Kaffee, Zucker, Tee, Weizen, Sisal und Mais werden exportiert.

Kenya ist fortschrittlich, aber sein Fortschritt ist ruhig und ohne Aufregung. Hier hat man die Kunst gelernt, langsam und ohne Hast zu leben. Und man lebt in dem Bewußtsein, daß es in einer Welt voller Kampf und Lärm noch Dinge gibt, die wert sind, gelebt zu werden.

In der Hauptstadt Nairobi ist heute eine jüdische Gemeinde von über 100 Seelen vorhanden. In der Hafenstadt Mombassa leben ebenfalls Juden, Besitzer großer Exportfirmen. Seit 1933 geht eine Einwanderung von Juden aus Deutschland vor sich. Sie werden in Nairobi und Mombassa als auch in Kampala, der Hauptstadt Ugandas freundlich aufgenommen und in verschiedenen Betrieben untergebracht.

Chronik der Woche.

Frankreich. (MTI) Senator Reibel hat dem Senat einen Gesetzentwurf unterbreitet, demzufolge alle Ausländer, die ihren Lebensunterhalt im Gebiete Frankreichs oder der französischen Kolonien erwerben, zum ordentlichen Militärdienst verpflichtet werden sollen. Der Senator weist darauf hin, daß infolge der bedrohlichen Entvölkerung die Ergänzung der Heeresbestände durch die Ausländer dringend notwendig sei. Der Entwurf sieht vor, daß die Ausländer zwischen 21 und 30 Jahren sofort unter die Fahnen gerufen und in besonderen «Ausländerregimentern» zusammengefaßt werden sollen.

Japan. «Times» berichtet, daß die Präambel zu Japans Kulturabkommen mit Deutschland, welches am 25. November unterzeichnet wurde, gemäß einer Erklärung des Tokioter Außenministeriums keinerlei Hinweis auf Antisemitismus enthält; Japan wünscht nicht, das deutsche Rasseprinzip anzuerkennen. Keine Diskriminierung gegen deutsche oder andere Juden werde in Japan Platz greifen.

Argentinien. Buenos Aires. («United Preß.») Der Polizeichef General Sabalain hat eine Zählung der jüdischen Geschäfte im ganzen Land vornehmen lassen, die aus Protest gegen die antisemitischen Maßnahmen in Deutschland für eine Woche geschlossen haben.

Chile. Santiago de Chile. (Havas.) 75 Parlamentarier, die verschiedenen Organisationen angehören, haben «im Namen der Zivilisation» an Reichskanzler Hitler eine Botschaft gerichtet, in der gegen die Judenverfolgungen protestiert wird. Die Botschaft fordert die Beendigung der Judenverfolgungen und die Wiedereinsetzung der Juden in alle früheren Rechte.

Rumänien. Bukarest. Die Brandlegungen in jüdischen Geschäften und Synagogen dauern an. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Czernowitz eine Synagoge, die Tribüne eines jüdischen Sportpalastes und vier jüdische Geschäfte in Brand gesteckt.

— (Reuter.) Im Theater von Temesvar explodierte eine Bombe. Die Zahl der Todesopfer beträgt zehn, diejenige der Verletzten etwa vierzig. Der Anschlag erfolgte während einer Vorstellung, die von jüdischen Schauspielern gegeben wurde.

Italien. In Verfolg der Judengesetze ist es nun den italienischen Notaren verboten, Kaufs-und Verkaufskontrakte zwischen Juden und «Ariern» aufzusetzen; das gilt sowohl für Privatpersonen wie für Handelsfirmen. Am Mittwoch hat eine große Zahl italienischer und ausländischer Juden mit dem Dampfer «Conte Biancomano» Genua verlassen können. Das Reiseziel ist der Ferne Osten, hauptsächlich Australien.

Mailand. Auf Befehl des dortigen Präfekten hat die bisher in Florenz erschienene Zeitung der italienischen zionistischen Vereinigung «Israel» das Erscheinen einstellen müssen.

Eine größere Anzahl Werke jüdischer Autoren dürfen nicht mehr verkauft und müssen eingestampft werden. U. a. verlautet, daß die bereits gesetzte vierte Auflage des biographischen Nachschlagewerks «Chi è?» des jüdischen Verlegers Formiggini nicht mehr erscheinen könne.

Die italienischen Zeitungen melden, in Monte Carlo seien siebzig italienische Angestellte eines jüdischen Hotelunternehmens willkürlich entlassen worden.

Rom. Bei einem Empfang von faschist. Gauleitern betonte Parteisekretär Minister Starace in bezug auf die Rassenfrage, jede Kundgebung des Mitleids stehe in vollem Widerspruch zum faschistischen Geist, weil Mitleid das Kennzeichen jener bürgerlichen Mentalität sei, gegenüber der die Revolution stets eine unversöhnliche Haltung eingenommen habe.

Jugoslawien. Der Minister a. D. Dr. Kaludjercic erklärte in einer Wahlversammlung in Sarajevo, daß es in Jugoslawien keine Judenfrage gebe, die jugoslawische Regierung habe nie daran gedacht, den Juden ihr Recht zu schmälern. Ein Judengesetz würde einem Staatsstreich gleichkommen. Vorgegangen wird lediglich gegen Einwanderer aus Deutschland und Oesterreich.

England. London. (JTA.) Bei der Uebergabe einer aus einer deutschen Synagoge geretteten Thorarolle an den Rabbiner der North-West London Reformsynagogue hielt Rev. M. L. Perlzweig eine Rede, in der er u. a. sagte, man werde die Thorarolle aufbewahren für den Tag, da Freiheit und Gerechtigkeit wieder regieren werden. Die Thorarolle wurde in einer seidenen Kassette in feierlichem Zuge von einer Abteilung jüdischer Frontsoldaten aus Deutschland, die ihre Kriegsauszeichnungen trugen, in die Synagoge gebracht. An der Prozession nahmen auch Mitglieder der Londoner Jüdischen Frontkämpferlegion teil.

Sir Oswald Mosley, der zurückgetretene englische Faschistenführer, hat in München Diana Mitford, die wie ihre Schwester Unity eine glühende Hitler-Verehrerin ist, geheiratet. Seine erste Frau war Halbjüdin, die Tochter eines reichen Chicagoer Getreidehändlers.

Polen. Warschau. (JTA.) Präsident Moscicki hat den früheren Deputierten Rabbiner Isaac Rubinstein aus Wilna und den Präsidenten des Verbandes der jüdischen Frontsoldaten in Polen Z. Z. Konopka zu Senatoren ernannt.

— (Havas.) Es verlautet, daß bei den antisemitischen Ausschreitungen an der pharmazeutischen Fakultät der Lemberger Universität gestern abend ein jüdischer Studierender ums Leben gekommen ist und ein anderer verletzt wurde.

— (Havas.) Unter der Führung des Oberrabbiners Schorr hat sich hier ein jüdischer Kolonisierungsausschuß gebildet.

— (JTA.) In Warschau existiert ein «Institut de France», eine Abteilung der Pariser Sorbonne. Auch an diesem Institut wurden die jüdischen Studenten von den Nationaldemokraten aufgefordert, sog. «Ghettobänke» einzunehmen; die jüdischen Studenten lehnten diese Zumutung ab. Nunmehr haben sämtliche jüdische Studenten vom Rektor des Instituts die Mitteilung erhalten, daß ihre zu Beginn des Semesters erfolgte Aufnahme annulliert wurde und daß sie nicht mehr als inskribiert betrachtet werden.

Nach einer vom polnischen Unterrichtsministerium veröffentlichten Statistik hat sich die Zahl der Juden an den polnischen Hochschulen um mehr als die Hälfte, an manchen Fakultäten um zwei Drittel vermindert. Im Jahre 1929 kamen auf insgesamt 43,000 Studenten 8500 Juden, im Jahre 1938 unter 48,000 Studenten kaum 4000 Juden.

Südafrika. (Inf.) Heftige judenfeindliche Kundgebungen brachen gestern abend nach einer nationalistischen Kundgebung in Johannesburg aus. Dabei wurden 35 Personen verletzt, von denen zwei in Lebensgefahr schweben. Zwischen den Kundgebern und Juden kam es nach der Versammlung verschiedentlich zu Zusammenstößen, wobei die Polizei vergeblich versuchte, mit dem Gummiknüppel die Ruhe wiederherzustellen. Schließlich war sie gezwungen, Trängengasbomben zu verwenden. Eine besondere Polizeiwache wurde vor dem Deutschen Klub aufgestellt, da Gerüchte in Umlauf waren, die Juden wollten als Gegenkundgebung dieses Gebäude in die Luft sprengen.

Danzig. Im Danziger Gesetzesblatt vom 23. November 1938 ist, wie das Deutsche Nachrichtenbureau berichtet, eine Verordnung des Senates zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre veröffentlicht, die die Reinerhaltung des deutschen und des artverwandten Blutes und die Ausmerzung des jüdischen Einschlages zum Ziele haben. Hinsichtlich der Einführung der Nürnberger Judengesetze in Danzig erklärte ein Sprecher der polnischen Regierung der United Preß gegenüber, daß Polen die Rechte seine Staatsangehörigen in Danzig schützen würde, ganz gleich, ob es sich dabei um Arier oder Juden handelte. An der Stellung der Juden nichtpolnischer Nationalität sei Polen jedoch nicht interessiert. Lediglich der Völkerbund hätte hier als Garant der Danziger Verfassung rechtlich die Möglichkeit, Einsprüche vorzubringen.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, Professor Karl Burckhardt, beabsichtigt, wie «Illustrowany Kuryer Codzienny», ein polnisches Regierungsorgan, meldet, zu demissionieren, da er eingesehen zu haben scheint, daß seine Stellung unhaltbar geworden ist und er nichts anderes mehr als eine Schattenfigur darstellt.

Ungarn. Budapest. (Havas.) Mehrere hundert Studenten veranstalteten am Freitag vor den liberalen und sozialistischen Zeitungen antisemitische Kundgebungen. Die Polizei zerstreute überall, wo die Kundgebungen gewaltsamen Charakter annahmen, die Menge.

Szeged. (MTI.) Hörer der medizinischen Fakultät an der Franz Josefs-Universität veranstalteten gegen die Zulassung zweier aus dem Ausland zurückgekehrter, jüdischer Studierender ungarischer Abstammung eine Kundgebung, die im weiteren Verlaufe auch auf die juridische Fakultät übergriff. Eine größere Gruppe von Demonstranten zog durch die Straßen der Stadt und verlangte vor dem Verlage einer Tageszeitung deren sofortige Einstellung und vor dem Theater die Bestellung eines christlichen Theaterdirektors.

Tschechoslowakei. Prag. (Ceteka.) Die Partei der nationalen Einheit teilt mit, daß nur Angehörige tschechoslowakischer Nationalität aufgenommen werden könnten. Angehörige fremder Nationalitäten, wie Deutsche und Juden, würden in die Partei nicht aufgenommen.

Die seltsamen Erklärungen der tschechisch-nationalen Juden haben also nichts gefruchtet.

— (MTI.) Wie das Blatt Slovak erfährt, hat man auch in der Advokatenkammer mit dem Entfernen der Juden begonnen. Jene jüdischen Rechtsanwälte, die nach dem 1. März 1938 in die Kammer eingetreten sind, werden aus der Liste der Mitglieder gestrichen.

Preßburg. (Ceteka.) Der Pressedienst der slowakischen Regierung teilt mit: Im Ministerium des Innern werden die Vorbereitungen zur Errichtung von Konzentrationslagern in der Slowakei getroffen.

Der Landespräsident hat auf Anordnung des Innenministers die Tätigkeit der jüdischen Partei in der Slowakei eingestellt.

Das Fallenlassen der Kandidatur des Außenministers Chvalkovsky für das Amt des Präsidenten der Republik, die bis vor wenigen Tagen noch unbestritten war, wird darauf zurückgeführt, daß die Rechtspresse eine Kampagne gegen Chvalkovsky eröffnete und behauptete, daß er eine jüdische Großmutter hat.

Trotzdem schreibt «Ceske Slovo»: «Und der Abnehmer kann keinen Ersatz finden, da in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die Abnehmer es ablehnen, Produkte aus Ländern zu kaufen, die uns in manchem ersetzen könnten. Hier sind noch sehr große Ausfuhrmöglichkeiten für uns geblieben und noch mehr werden wir finden, wenn wir uns mit dieser Sache beschäftigen. Wir müssen jedoch bereits jetzt, wo wir wissen, woran wird sind, die günstigen Voraussetzungen für unseren Export schaffen und unsere große Popularität in der Welt ausnützen.

Deutschland. Von jetzt an kann ein Jude, wenn er hilfsbedürftig wird, nicht mehr ohne weiteres die Armenunterstützung in Anspruch nehmen. Er bleibt grundsätzlich auf die Hilfe seiner Rassegenossen angewiesen, die aus eigenen Mitteln die freie jüdische Wohlfahrtspfege unterhalten. Soweit diese nicht helfen kann, ist die öffentliche Fürsorge zuständig. Sie ist verpflichtet, die Voraussetzung der Hilfsbedürftigkeit streng zu prüfen. Gewährt werden gewisse Mindestleistungen, von denen die Aufwendungen der jüdischen Wohlfahrtspflege abzurechnen sind. Von der gehobenen Fürsorge für Klein- und Sozialrentner werden die Juden vollständig ausgeschlossen.

(JTA.) In Berlin sind alle großen jüdischen Tempel bis auf den in der Oranienburgerstraße und zwei kleinere Andachtsstätten niedergebrannt worden. Die Gestapo hat nun ein Verbot erlassen, daß Juden in den stehengebliebenen Synagogen Andachten verrichten. Man weiß nicht, ob das Verbot ein dauerndes sein wird.

(JTA.) Aus Wuppertal wird gemeldet, daß während der Pogrome jüdische Friedhöfe in Westfalen und in anderen Teilen Deutschlands zerstört wurden. In Elberfeld wurden drei aufgebahrte Leichen jüdischer Bürger aus den Särgen geworfen.

In Bettingen, Saarland, jagten die Pogromisten die jüdischen Frauen und Kinder, nur mit Nachthemden bekleidet, durch den Ort. Die Empörung der Bevölkerung war ungeheuer. In Aachen kam es zu einer Empörung der zuschauenden Menge, als ein Hitlerjunge eine alte jüdische Frau niederschlug und andere Hitlerjungen weiterhin auf die Frau einschlugen. Mehrere der Protestierenden wurden verhaftet.

Die Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachter veröffentlicht eine Erklärung des Staatskommissärs für die Privatwirtschaft und Leiter der Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Ing. Rafelsberger, in der es u. a. heißt: Auf den Außenhandel wird bei der Arisierung besonderer Bedacht genommen. Die Exportbeziehungen der Unternehmen sollen auf jeden Fall erhalten bleiben. In einer Reihe von Fällen war es möglich, dem früheren jüdischen Geschäftsinhaber ein wirtschaftliches Interesse an der Aufrechterhaltung und Steigerung der Ausfuhr zu belassen.

Einige jüdische Geschäfte in Berlin, denen nach den Unruhen erlaubt worden war, ihre Läden bis Ende des Jahres wieder offen zu halten, sind von der Polizei gestern plötzlich wieder geschlossen worden. Hierzu gehörte unter anderem eines der größten jüdischen Restaurants im Westen.

Ein Befehl des Reichskanzlers Hitler erklärt, daß jüdische Mischlinge zu Soldaten I. Klasse ernannt und auch Vorgesetzte werden können. Jedoch können sie keine höhere Charge einnehmen.

«Evening Standard» weist darauf hin, daß es nach britischem Gesetz den Versicherungsanstalten verboten ist, Schadensummen an denjenigen auszuzahlen, der sich durch ein Verbrechen anspruchsberechtigt gemacht hat.

Wenn die deutsche Regierung für die Schäden verantwortlich sei, müßten dann britische Versicherer und Rückversicherer die Ersatzzahlungen an sie entrichten? Wenn ja, dann hätte sie einen wundervollen Weg zur Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel entdeckt.

Neue Stützpunkte.

Palästina. Jerusalem. (JTA.) Eine Gruppe von 15 Juden aus Deutschland, unter der Leitung des gewesenen Reichstagsabgeordneten Daniel Strauß, hat am 18. Nov. in der Nähe von Kfar Jonah eine neue Siedlung «B'nai Geulim» gegründet.

Am selben Tage wurde unweit von Javniel auf 4000 Dunam Boden der PICA eine zweite Siedlung gegründet. 40 Familien aus dem Kibbuz Gordon nahmen von dem Boden Besitz. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang wurden der Wachtturm, eine Schutzmauer und eine Anzahl Baracken errichtet. 300 Siedler aus dem Galil mit 12 Traktoren halfen bei den Arbeiten mit.

Im Beisantale sind am 25. November zwei weitere Kolonien entstanden. Zwei Gruppen, bestehend aus je 75 Männern und Frauen, verließen vor Tagesanbruch Ejn Charod und nahmen von dem neuen Boden Besitz. Die eine der Siedlungen trägt den Namen Kibbuz Akiba, die Siedler sind Allgemeine Zionisten; die zweite Siedlung heißt Kwuza Masad, die Siedler sind deutsche Juden.

Der Jüdische Nationalfonds hat vor kurzem 3400 Dunam Boden in dieser Gegend erworben, womit der Gürtel jüdischer Siedlungen um die Stadt Beisan geschlossen ist. Am 25. November wurde ferner 6 Kilometer südlich von Chanita ein befestigtes Arbeitslager errichtet. Ende Oktober erwarb der KKL ein Areal von 4000 Dunam im äußersten Norden Palästinas; das Grundstück wird von der Tegartmauer durchschnitten, jetzt wird ein Tor zur Verbindung der beiden Teile geöffnet.

Unter der Ueberschrift «Unmenschliche Unterdrückungsmethoden gegen die Araber» erklärt der Völkische Beobachter, die angeblichen Gewaltmaßnahmen, durch die übrigens keinem einzigen Juden ein Haar gekrümmt worden ist, hätten wenige Stunden gewährt; aber die Gewaltmaßnahmen, die England in den verschiedenen Kontinenten, wo es seine Kolonien hat, anwendet, dauerten Jahrhunderte.

(Palcor.) Von Beirut wird gemeldet, daß die Behörden dort eine Summe von 1,600 £ beschlagnahmten, die ein Teil des von den Banken in Palästina kürzlich geraubten Geldes ist. Zehn Araber wurden im Zusammenhang mit dieser Entdeckung verhaftet und stehen ebenfalls unter der Anklage von Waffenschmuggeleien nach Palästina.

Die arabischen Zeitungen fahren fort, Fakhri Bey Naschaschibi wegen seines an den High Commissioner adressierten Briefes anzugreifen, in dem er die Autorität des Mufti ableugnet.

Im Rahmen einer Uebersicht über die Ereignisse in Palästina seit Beginn der Unruhen gibt die «Palestine Poste» bekannt, daß die Zahl der bisher aus Palästina nach Syrien und dem Libanon geflüchteten Araber 25,000 betrage.

Jerusalem. (JTA.) Als der deutsche Konsul in Jerusalem die Polizei um eine spezielle Wache für das Konsulatsgebäude ersuchte, postierte der jüdische Polizeikorporal Krumholz zwei jüdische Hilfspolizisten vor das Konsulat. Daraufhin informierte der Konsul die Polizeibehörde, daß er auf eine Wache durch jüdische Hilfspolizisten verzichte. Die Wache wurde daraufhin zurückgezogen.

Dieser Tage wurde die erste Ladung Orangen dieser Saison, die für London bestimmt ist, im Hafen von Tel-Aviv eingeschifft. Dadurch wurde die Exportsaison eröffnet.

Der High Commissioner, Sir Harold MacMichael, stattete der Stadt Tel-Aviv einen unerwarteten Besuch ab. Er suchte das Museum auf, wo er den Bürgermeister, Herrn I. Rokach, traf. Sir Harold zeigte besonderes Interesse für die Schmetterlingssammlung dieses Museums.

Auf der A.-C.-Sitzung in London erklärte der Schatzmeister der Exekutive Kaplan: Die Ansiedlung einer Familie in einem Kibbuz koste £ 650, während die Ansiedlungskosten in einem Moschaw ca. £ 750 betragen. In anderen Ländern stellten sich diese Kosten bedeutend höher; so sei berechnet worden, daß die Ansiedlung einer Familie in Tripoli, ausschließlich von Transport und Sicherheit, der italienischen Regierung auf ca. £ 2000 zu stehen komme.

Verhandlungen zwischen der Z. O. und der N. Z. O.

(vv.) Aus gut informierter Quelle erfahren wir, daß die Exekutive der Z. O. durch Herrn Ben Gurion mit Herrn Jacobi von der N. Z. O. seit einiger Zeit in Verhandlungen stehen. Ein Briefwechsel ist diesen Verhandlungen vorausgegangen, in welchem die grundsätzlichen Fragen behandelt wurden. Die Z. O. ist bereit, den Schekel entsprechend zu verbilligen und den Revisionisten Plätze in allen ausführenden Organen der Z. O. einzuräumen, wenn sie in die Z. O. eintreten. In den letzten Tagen sind die Verhandlungen ein wenig ins Stocken geraten. Hoffentlich finden sie ihre gedeihliche Fortsetzung, damit die Z. O. in den bevorstehenden schweren Verhandlungen auf eine geschlossene zion. Front verweisen kann.

Geschäfte mit Juden erwünscht.

Haifa. Mit einer Naivität, die im Augenblick der Behandlung von Juden in Deutschland schon eine gewisse Größe zeigt, werben Repräsentanten von deutschen Schiffahrtslinien um die Verschiffungen von palästinischen Zitrusfrüchten durch die Unterbietung ihrer englischen und skandinavischen Konkurrenz

Deutschland hat in der Vorjahrssaison zwar nur 200,000 Kisten palästinischer Orangen gekauft, aber auf deutschen Schiffen sind nach Holland und anderen europäischen Ländern mehr als anderthalb Millionen Kisten verschifft worden.

Selbst die Aussicht auf Profit hat die jüdischen Pflanzungsgesellschaften und Importeure nicht dazu veranlassen können, ihre Geschäfte mit Deutschland im Augenblick der Göbbelschen Pogrome fortzusetzen.

Ein neues Transfer-Abkommen.

Zwischen der Palestine Agricultural Settlement, der Nir Ltd., der Rasco und den deutschen Behörden ist ein neues Transferabkommen getroffen worden, das sich von der bisherigen Praxis der Kapitalsüberführung aus Deutschland grundlegend unterscheidet. Die drei genannten Gesellschaften werden deutsche Erzeugnisse, hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen, im ungefähren Wert von 250,000 Pfund beziehen, von denen jedoch 150,000 Pfund in palästinischer Währung und nur der Rest in Haawarahmark bezahlt werden sollen.

Auswanderern aus Deutschland nach Palästina wird durch die Ausgabe von 100,000 Pfund Debentures der genannten Gesellschaften Gelegenheit zur Ueberführung ihres Vermögens gegeben, während den palästinischen Importeuren die Zahlungen für ihre Bestellungen aus Deutschland durch die lokalen Banken kreditiert werden.

Was soll mit Erez Jisrael geschehen?

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Nach der Sitzung des Zion. A.-C. beginnt man in der jüdischen Oeffentlichkeit langsam klarer die Projekte, die in London und Jerusalem über die Zukunft Erez-Jisraels ventiliert werden, zu erkennen. Es ist nötig, einmal diese Pläne der britischen Regierung ein wenig näher zu betrachten und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Natürlich darf man bei einer solchen Betrachtung nicht übersehen, der Stellungnahme der Zion. Exekutive den gebührenden Raum zu gewähren.

In zionistischen Kreisen sieht man dem Plane einer Round-Table-Konferenz mit großer Skepsis entgegen. Selbst Prof. Weizmann glaubt nicht, daß diese Konferenz zustandekommen wird. Trotzdem hat die zion. Exekutive ihre Zustimmung zu einer solchen Konferenz gegeben, da sie nicht wollte, daß die Konferenz durch sie nicht zustandekommt. Dies soll, so sagen die verantwortlichen Faktoren, für die Zukunft die Verhandlungsbasis mit England erleichtern. Wie schon bekannt, hat die zion. Exekutive vom A.-C. freie Hand erhalten und sie selbst hat als Bedingung für die Verhandlungen die Einhaltung der Balfour-Deklaration gestellt. Es ist aber fraglich, ob man einerseits sagen kann: wir gehen nur auf Basis der Balfour-Deklaration zu Verhandlungen mit den Arabern und andererseits bereit ist, mit den Vertretern der arabischen Nachbarstaaten sich an einen Tisch wegen Erez-Jisraels zu setzen. Paragraph 4 des Mandates spricht nur von den arabischen Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas und von der Jewish Agency. Wenn aber die Vertreter der arabischen Nachbarstaaten Palästinas zugezogen werden, dann schafft man eine arabische Agency und durchbricht eo ipso das Prinzip der Balfour-Deklaration.

Also, was geschieht nun, wenn diese Round-Table-Konferenz zu keinem Resultat führen sollte, was nicht nur maßgebende Zionisten, sondern auch wichtige englische Kreise glauben?

Vorerst sei festgestellt, daß in der britischen Regierung einige Strömungen in der Frage Erez-Jiraels vorhanden sind. Dem zionistischen Standpunkt am nächsten kommt das Kolonial-Amt. Dies ist vielleicht, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, ein bißchen paradox. Aber es verhält sich so. MacDonald will helfen, aber er will auch nicht die Interessen des Imperiums übersehen. Ein Gegner von uns ist entschieden Halifax, der die Probleme Erez-Jisraels vom Gesichtspunkte der britischen Außenpolitik betrachtet. Er hat im Kabinett einige Anhänger. Dann gibt es eine Gruppe von neutralen Ministern, die sich nur von rein britischen Interessen leiten lassen. Ueberschattet wird die ganze Frage von den Ereignissen in Deutschland. Man will den Juden irgendwie helfen, aber dadurch einerseits die Beziehungen zu Deutschland nicht verschlechtern, andererseits versucht man, einen Zusammenhang der Judennot mit dem Palästinaproblem zu vermeiden. Das will heißen, daß man die Judenfrage und das zionistische Problem trennen will.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die verschiedenen Projekte zu verstehen. Ich werde im nachfolgenden nur vier Projekte erwähnen, stelle aber gleich fest, daß außerdem noch einige Pläne existieren, die ihre Makler und Anhänger haben. Den informierten Kreisen scheint aber, daß die nachfolgend zitierten vier Pläne die größte Wahrscheinlichkeit auf Verwirklichung haben.

1. Teilung des Landes in Zonen, ohne staatliche Selbständigkeit. Es sollen drei Zonen eingeführt werden, die eine beschränkte Autonomie erhalten. Eine jüdische, eine arabische und eine englische. In die jüdische Zone können Juden, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Möglichkeiten, einwandern, wogegen die anderen Zonen für sie gesperrt sind.

2. Parlament. Dieser alte Plan ist in neuer Form wieder aufgetaucht. Das Parlament soll zu je einem Drittel aus Juden, Arabern und Engländern bestehen und der hohe Kommissär soll ein Vetorecht haben. Als besonderer Vorkämpfer dieses Planes gilt der frühere High Commissioner Wauchope.

3. Vereinigung Erez-Jisraels mit Transjordanien und Syrien. Dieser Plan ist fast unmöglich zu realisieren, da die Widerstände zu groß erscheinen. Gegner dieses Planes sind die Franzosen, die in ihm einen Plan sehen, der sich gegen ihre Orientpolitik richtet, die Araber Palästinas, die befürchten, daß der Emir Abdallah dadurch einen zu großen Einfluß bekommt, die Türken, die Interessen im Sandschack von Alexandrette haben und nicht wollen, daß der arabische Einfluß sich stärkt.

4. Ein Plan, die Lösung des Problems auf einige Jahre zu verschieben. Dieser Plan sieht dann eine provisorische Lösung für 5 bis 10 Jahre vor, indem die Einwanderung der Juden festgelegt werden soll. Nach Ablauf der Frist soll sich dann England entscheiden, welchen Weg es weiter beschreiten will. Manche Zionisten sind für diesen Plan, da sie hoffen, daß sich später die Lage für den Zionismus bessern werde und dann eine günstigere Lösung als heute zu erreichen sein wird.

Diese Ausführungen wären nicht vollständig, wenn man nicht erwähnen würde, daß viele Zionisten noch immer nicht den Teilungsplan aufgegeben haben und glauben, daß er wieder aus der Versenkung auftauchen werde. Sie meinen auch, daß er für den Augenblick viel Bestechendes für sich hat.

Eines ist klar, daß die nächsten Monate eine Lösung auf Jahre hinaus bringen werden. Nur eine entschlossene Haltung der Zionisten und des Judentums, als solches, können das Problem einer für die Judennot günstigen Lösung zuführen.

Nachspiel zum Zionistenkongreß 1935.

Luzern. Das Kriminalgericht hatte über vier junge Luzerner Mitglieder der Nationalen Front zu urteilen, die im Jahre 1935 Terrorakte verübten, jüdische Geschäfte beschmierten und mit Zetteln beklebten und Flugblätter antijüdischen Inhalts plakatierten. Die Treibereien ereigneten sich hauptsächlich während des internationalen Zionistenkongresses in Luzern im August 1935. Bei der Dampfschifflände in der Nähe des Kongreßgebäudes brachten die Angeklagten hinter einer Reihe von Bierkisten Sprengkörper zur Explosion. Später wurden bei dem Massenquartier der zionistischen Jugendorganisation in einem Schulhaus weitere Sprengkörper zur Explosion gebracht. Die Stadt Luzern trat im Prozeßverfahren als Privatkläger auf. Das Gericht verurteilte von den zwei Erstangeklagten den einen zu zehn Monaten Arbeitshaus unbedingt, den anderen zu acht Monaten Arbeitshaus bedingt. Von den beiden andern erhielt der eine Angeklagte eine Buße von 20 Fr., während der andere freigesprochen wurde, da er nicht rechtsgenüglich überwiesen werden konnte. Sodann haben die Verurteilten die Kosten der Sachschäden zu tragen, ebenso die Gerichtskosten.

Aus der Agudas Jisroel.

Warschau. Eine Delegation der Beth Jakob-Zentrale in Polen hat den dortigen Hilfskommissar für Flüchtlinge wissen lassen, daß «Beth Jakob» bereit sei, sich an der Sammelaktion für deutsche Flüchtlinge zu beteiligen. Gleichzeitig erklärte die Delegation, daß «Beth Jakob» eine Anzahl Schulplätze sowie ihre Kinderkolonie für Emigrantenkinder zur Verfügung stellt.



Leo Schestow (Schwarzmann)

Von **MICHAEL SCHABAD** (Basel).

Der dem Judentum entstammende russische Philosoph Leo Schestow ist am 20. November in Paris gestorben. Eine eigenartige, zutiefst religiös bestimmte Denkerpersönlichkeit sinkt mit ihm ins Grab. Es hängt mit der unaufhebbaren widersprüchlichen Spannung seiner Lehre zusammen, daß sie eigentlich keine «Lehre» und ihr Verkünder kein «Denker» sein wollte, daß wir aber, wenn wir nunmehr von Leo Schestow und seinen Schriften verständlich reden wollen, dennoch darauf angewiesen sind, von Denken und Lehren zu sprechen. Schestow selbst, der mit «chassidischer» Glut abstraktes Denken, die stillstellende Vernunft, die allgemeine Gesetzlichkeit bekämpfte und nur für die einzelne Seele, ihr einmaliges Schicksal und Leid, ihre Daseinsangst und Todesfurcht, ihre Sündhaftigkeit und Sehnsucht Sinn hatte, wußte selbst, daß jede Uebertragung des seelisch Wirklichen, des wahrhaft Lebendigen in logoshaftes Wort zwangsläufig eine Verfälschung der erlebten Situation bedeutet. Und daß das Wort in seinem Fall nicht die Funktion geordneter Mitteilung und «wissenschaftlicher» Problementwicklung haben kann, sondern nur die des kreatürlichen Stammelns und echoweckenden Anrufs.

Als Sohn des in Kijew ansäßigen Kaufmanns Isaak Schwarzmann am 31. Januar 1866 geboren, studierte Leo Mathematik und später Rechtswissenschaft und erlangte in Petersburg die Berechtigung zur Ausübung der Advokatur. Doch wendete er sich seit 1895 der Philosophie zu und machte von seinem Anwaltspatent keinen Gebrauch. Unter dem Pseudonym «Leo Schestow» veröffentlichte er Ende der 90er Jahre Abhandlungen über Solowjew, über die Shakespeare-Auffassung von Georg Brandes, über Kants Erkenntnislehre und Taines Milieutheorie. 1900 erschien sein Buch «Das Gute bei Tolstoj und Nietzsche», 1903 die interessante Schrift «Dostojewski und Nietzsche», und im Vorkriegsjahrzehnt drei weitere Publikationen, die die Aufmerksamkeit literarischer Kreise auf den jungen jüdischen Philosophen und Publizisten lenkten. Von 1913 bis 1923 schwieg Schestow, der vorzugsweise in Westeuropa, auch in der Schweiz (in Genf) lebte. Erst durch sein 1923 erschienenes Buch «Potestas clavium» («Schlüsselgewalt») ist er zu einer europäischen Erscheinung geworden. 1929 verließ sein berühmt gewordenes Buch «Auf Hiobs Waage» die Presse. Es folgte 1936 die wichtige Schrift des Siebzigjährigen über «Kierkegaard und die Existenzphilosophie». Schestows letzte Veröffentlichung (1938) betitelt sich «Athen und Jerusalem». Im Nachlaß finden sich u. a. Vorarbeiten für eine Darstellung der indischen Philosophie, sowie ein Nachruf auf Edmund Husserl, der als Antipode Schestows angesehen werden kann. Schestows Bücher sind in vielen Sprachen verbreitet. In der Schweiz sind seine Vorträge unvergessen geblieben.

Leo Schestow gehört zu den zahlreichen, religiös oder philosophisch bestimmten jüdischen Menschen, die sich gegen die Gleichsetzung Gottes mit der Idee des Guten, also gegen die Rationalisierung und Ethisierung des Absoluten leidenschaftlich auflehnen und in dieser Vergöttlichung der Vernunft und der logisch-ethischen Gesetzlichkeit die für das Abendland «verhängnisvolle Erbschaft des hellenischen Geistes» (Sokrates, Platon, die Stoa) erblicken. Schestow verteidigt den Judaismus gegen den Hellenismus, die Offenbarung gegen die philosophische Vernunft. Sein Denken kreist unaufhörlich um den biblischen Mythos vom Sündenfall, diesen überwältigend großartigen, unausschöpflich tiefen und geheimnisvollen Teil unserer Thora, der die erhabenste Anthropologie aller Zeiten enthält. Das «Pflücken vom Baume der Erkenntnis», d. h. das Erwachen des Bewußtseins vom Unterschied zwischen Gut und Böse, ist nach Schestow die Ursünde, die den Verlust des «Paradieses», d. h. des Lebens jenseits von Gut und Böse im Absoluten, nach sich zog. «Der Baum der Erkenntnis versperrte dem Menschen den Zugang zum Baum des Lebens.»

Schestow weist in diesem Zusammenhange auf Jesaias und Paulus hin, ferner auf die voluntaristischen Scholastiker und auf die bekannte Linie Luther-Nietzsche. In bezug auf den Sündenfall-Mythos und seine Deutung durch Schestow, der hier bis zu einem gewissen Grade an die Logosfeindlichkeit von Theodor Lessing und Ludwig Klages erinnert, deren Haltung aber einem ganz anderen geistigen Klima entstammt, hat sich in der russischen Philosophie eine hochinteressante Diskussion entwickelt. Während Schestow die Erkenntnis selbst für böse hält und in seiner Verwerfung des Rationalismus und Idealismus wiederum sich der dialektischen Theologie Karl Barths, überhaupt der reformatorischen Linie nähert, will ein anderer russischer Denker, der in der Schweiz bestbekannte Berdjajeff, klar unterschieden wissen zwischen dem Bösen der Erkenntnis und der Erkenntnis des Bösen. Durch die Erkenntnis des Bösen vermag der Mensch nach Berdjajeff das Böse zu überwinden und ein neues «Paradies» — als Ziel der Kultur — anzustreben.

Philosophisch ausgedrückt: Schestow kennt keine «Theodizee» (keine Erklärung des Bösen in der Welt und keine «Rechtfertigung» Gottes im Angesicht des Bösen, das entweder der Allgüte oder der Allmacht Gottes zu widersprechen scheint, weil er einen radikal irrationalistischen Standpunkt vertritt. «Ein bewiesener Gott, welche Prädikate immer die Vernunft ihm zuteilen mag — Allmacht, Allwissenheit, Allgüte —, wäre bereits ein Gott von Gnaden der Vernunft.» Aber der Schöpfer ist jenseits von Gut und Böse. Und uns Geschöpfen gebührt nicht vermessenes Wissen, sondern demütiges Glauben.

Die Probleme, mit denen Schwarzmann-Schestow ringt, sind, wie man sieht, uralte jüdische Probleme. Man versteht Schestows unausgesetztes Bemühen um die Deutung der kosmischen Tragödie des Sündenfalls, sowie den Titel seines faszinierenden Buches «Auf Hiobs Waage». Es geht hier um fundamentale Besinnungen: um das Verhältnis von Schöpfer und Schöpfung, um die Stellung des Menschen im Kosmos, um die Doppelnatur des Menschen als «animal rationale» (vernunftbegabtes Lebewesen), um «Ebenbildlichkeit» und «Sünde», um die Wertung des Geistes, um den Ursprung des Bösen, um die Vergänglichkeit des Individuums und den Anspruch der Ratio, die «Schlüsselgewalt» in bezug auf das Reich des ewigen Seins zu besitzen, kurz, um das Geheimnis der Welt und um das Rätsel unserer Existenz.

Ich habe oben die «chassidische» Färbung Schestows angetönt. In der Tat entspricht seinem mystisch-ekstatischen Künden und seinem inbrünstigen Kampf gegen den griechischen Rationalismus und gegen die Vergesetzlichung des Lebens die Auflehnung des Chassidismus gegen den offiziellen Rabbinismus. Ich kann diese höchst merkwürdige Parallelität hier nicht weiter verfolgen, möchte jedoch die Gelegenheit benützen, um auf eine neue, ganz vortreffliche, klug abwägende und gerechte Darstellung des Chassidismus hinzuweisen, die enthalten ist in dem soeben erschienenen Buche «Zur Zeit- und Geistesgeschichte des Judentums» aus der Feder von Oskar Wolfsberg (Verlag «Die Gestaltung», Zürich). Man findet hier (z. B. S. 168) bekannte Mischna-Stellen («Du sollst Gott lieben mit dem guten und dem bösen Trieb» u. a.) in neuartiger Beleuchtung und kann die von Wolfsberg kenntnisreich



herausgearbeitete Traditionslinie, an die der Chassidismus (einschließlich der hochinteressanten Chabad-Richtung von R. Schneür Salman) anschließt, mit den oben skizzierten Anschauungen Schestows vergleichen. Auch von den Gefahren des Chassidismus ist Schestows Philosophieren nicht frei.

Aber gewiß gehört es — mitsamt seinen Wagnissen und seinem Verführerischen — in die Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie. Gehört viel eher hieher als in die Geschichte des russischen Denkens, wo es, wie berufene Kritiker — Bubnoff, Florowski u. a. — feststellen, doch irgendwie einen Fremdkörper bildet. So mag der Versuch, Leo Schestows philosophisches Fragen hier anzudeuten, gerechtfertigt sein.

Schestow starb nach scheinbar gut überstandener Luftwegeerkrankung ganz plötzlich an einem Herzschlag. Er erwachte morgens um 8 Uhr und begrüßte die Krankenschwester, die an sein Bett trat, um die Temperatur zu messen. Er legte sich auf die Seite, mit dem Gesicht zur Wand, und augenblicklich setzte sein Atem aus.

Schestow, der in seinen jungen Jahren sich vom mystischen Zauber der russischen «Rechtgläubigkeit» faszinieren ließ und aus seiner Auffassung vom Christentum als Vollendung des Judentums alle Konsequenzen zog, ist als Jude gestorben. Ein Pariser Rabbiner verrichtete am Grabe Leo Schestows, der keine männlichen Nachkommen hinterließ, das Kaddisch-Gebet. Viele hervorragende Juden und Nichtjuden gaben ihm das letzte Geleit.

«Die grausamen Verfolgungen, denen sein jüdisches Volk heute ausgesetzt ist» — heißt es in einem ergreifenden Nachruf aus der Feder von Nikolay Berdjajeff — «dürften die Widerstandskraft seines Herzens gebrochen haben.»

So kehrte Leo Schestow als Baal-Teschuwa in den Schoß Israels zurück. Dem leidenschaftlichen Gottsucher, dem unendlich gütigen und sanften Menschen, dem schöpferischen Denker, dem zum Judentum Heimgekehrten gelte dieser Abschiedsgruß.

Wissen Sie schon?

daß das holländische Judentum durch den Tod des Herrn Gans, des Direktors des «Joodsche Invalide», einen schweren Verlust erlitt;

daß in Wien unter Aufsicht des Exekutionsgerichts die Einrichtung des bekannten Modehauses Zwieback versteigert wird;

daß Königin Wilhelmine von Holland die Ausstellung des Malers William H. Singer besuchte;

daß in London eine Ausstellung von Bildern des früher in Berlin lebenden Malers Joseph Oppenheimer viel Beachtung findet;

daß der Regierungspräsident Schmidt in Düsseldorf bei den Pogromen trotz Polizeischutz flüchten mußte, da seine Frau Jüdin ist;

daß der Chordirektor Algazi der großen Synagoge in Paris eine Reihe von Schallplatten mit synagogaler Musik erscheinen läßt;

daß bei der Curie-Feier in der Sorbonne der Präsident Lebrun Heinrich Hertz als einen der Wegbereiter für die Curie'schen Entdeckungen hervorhob;

daß in New-York die frühere Sängerin der Metropolitan Oper, Alma Gluck die Gattin des Geigers Efrem Zimbalist, gestorben ist;

daß Rosy Barsony in Mailand mit der Operette «Zizi & Co.» großen Erfolg hatte;

daß die jüdische Partei im Prager Abgeordnetenhaus nur noch einen Vertreter, Dr. Goldstein, besitzt;

daß der frühere österreichische Presseattaché in Paris, Martin Fuchs, ein Buch «Un pacte avec Hitler» hat erscheinen lassen;

daß im Pariser Herbstsalon auch der früher in Berlin eine Rolle spielende Maler Eugen Spiro mit einigen Werken vertreten ist;

daß die Emigranten in Sao Paulo ein Symphonieorchester gebildet haben, dessen Konzerte bei der einheimischen Bevölkerung viel Anklang finden;

daß nunmehr Grynspan von fünf Anwälten, darunter Henry Torrès und de Moro-Giafferi, verteidigt wird;

daß Fritz Kortner und Ernst Deutsch jetzt in New-York auftreten;

daß in der Tschechoslowakei unter anderen folgende Filme verboten sind: «Die Stimme Israels», «Der Golem» und «Die Rothschilds»;

daß ein neues musikalisches Lustspiel, dessen Musik von Michael Eisemann stammt, im Royal-Theater in Budapest herauskommt;

daß jetzt die Heine'sche Loreley und die Mendelssohnschen Kompositionen aus den deutschen Liederbüchern verschwinden sollen;

daß der Cellist Pablo Casals, der bekanntlich seine Konzerte in Berlin und Wien abgesagt hat, eine Konzertreise nach Palästina unternimmt;

daß die frühere Wiener Schauspielerin Luise Rainer jetzt Amerikanerin geworden ist;

daß der berühmte Augenarzt Dr. Leon Pines in Warschau im 75. Lebensjahr gestorben ist;

daß Daniel Wolf, der bekanntlich 1.000.000 Gulden für Siedlungswecke spendete, ein Bankier und Industrieller aus dem Haag ist, 40 Jahre alt und eine Reihe von Jahren in den holländischen Kolonien lebte;

daß Dr. Cecil Roth zum Lektor für nachbiblische jüdische Geschichte an der Universität Oxford ernannt worden ist;

daß in Prag Leo Aschers «Hoheit tanzt Walzer» neu einstudiert worden ist;

daß Georg Szell für einige Konzerte der Philharmonischen Gesellschaft Melbourne verpflichtet wurde;

daß Bernhard Grüns Operette «Balalaika» von der Paramount mit Jeanette MacDonald in der Hauptrolle verfilmt wurde.

daß nach einer Meldungen polnischer Blätter zum Nachfolger des Marschall Blücher dessen Stabschef, der 38jährige, in Kiew geborene Jude Gregor Stern ausersehen ist;



Dr. David Farbstein

hat an den Regierungsrat des Kantons Zürich folgendes Schreiben gerichtet:

«Ich habe vor einigen Monaten das 70. Altersjahr vollendet. Es sind jetzt 36 Jahre, seitdem ich parlamentarisch tätig bin. Ich bin im Jahre 1902 in den Kantonsrat gewählt worden. Ich halte es für richtig, Platz für eine jüngere Kraft zu machen und erkläre hiermit den Rücktritt als Mitglied des Nationalrates auf Beginn der Dezembersession 1938.»

Das politische Wirken unseres geschätzten Mitbürgers dürfte von berufener Seite gewürdigt werden. Es darf aber doch wohl gesagt werden, daß auch dieser Schritt Zeugnis ablegt für die peinliche Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten, die Dr. Farbstein auf allen Gebieten seines vielseitigen Wirkens auszeichnet. Sollte diese Entlastung ihm eine stärkere Beschäftigung mit dem jüdischen Leben ermöglichen, wäre dies sicherlich als erheblicher Gewinn anzusprechen.

Verein Kadimah. Es ist uns gelungen, den bekannten Historiker Dr. Franz Kobler zu einem Vortrag, betitelt «Bilanz der Emanzipationsepoche», zu gewinnen. Sowohl der Redner, welcher als hervorragender Kenner der jüd. Geschichte bekannt und geschätzt ist, als auch das hochaktuelle Thema verbürgen einen interessanten, lehrreichen Abend, zu welchem wir die ganze jüd. Oeffentlichkeit herzlich einladen.

Wir holen an dieser Stelle nach, daß der Vortrag von Herrn Nationalrat Dr. Farbstein, über den wir ausführlich berichteten, in dankenswerter Weise vom Verein Kadimah veranstaltet wurde.

Jüdische Jugend-Kundgebung in Basel.

Am Samstag abend versammelte sich die gesamte jüd. Jugend Basels zu einer großen, eindrucksvollen Einigungskundgebung. Es waren Zionisten und Nichtzionisten, die die Initiative zu diesem Zusammenschluß aufgriffen. Nach einem ergreifenden Jiskor für die jüngsten Märtyrer sprachen je ein Vertreter der vier Jugendbünde und -Vereine mit markanten Worten über die Ziele der Vereinigung. Die vereinigte jüdische Jugend Basels will sich aktiv den bestehenden Institutionen und Hilfsorganisationen für die Flüchtlingshilfe und jeder sozialen Arbeit zur Verfügung stellen.

Folgende Resolution wurde angenommen:

Resolution: «Getragen von der Bestimmung und dem unerschütterlichen Lebenswillen des jüd. Volkes ruft die jüd. Jugend Basels alle Organisationen und darüber hinaus das gesamte jüd. Volk auf, sich zusammenzuschließen.

Wir fordern die Einsetzung aller jüd. Kräfte für den beschleunigten Aufbau in Erez-Jisrael. Das jüd. Volk darf und kann nicht auf das Recht der freien Einwanderung nach E.-J. verzichten. Die Zeit drängt aber. Die Anzahl der in ihrem körperlichen und seelischen Leben gefährdeten Juden ist so groß, daß wir in diesem Moment von sämtlichen jüd. Parteien und Organisationen verlangen müssen, sich zusammenzufinden in der Forderung nach einer weiteren, würdigen, gemeinsamen, nur vom eigenen Arbeitswillen und den Arbeitsleistungen abhängigen Lebensmöglichkeit.

Aus der Trauer und Empörung dieser Tage wollen wir die Kraft zur Einigkeit wiedergewinnen, um die Gegensätze zwischen uns zu überbrücken.

Wir wollen zusammenarbeiten, entschlossen, einander zu verstehen und voneinander zu lernen.

Wir wollen handeln und Gott wird uns helfen.

Wir rufen die gesamte jüd. Jugend: Verstehet den Sinn der Stunde und geht mit uns.»

Es entspann sich noch eine lebhafte Diskussion, in der u. a. der Präsident der Israel. Gemeinde Herr Alfred Goetschel, das Wort zu einem eindrücklichen, prägnanten Appell an die Jugend ergriff. Er wies auf die umfassendste, in allen Stürmen bewährte Grundlage des Judentums hin, die jüdische Gemeinde, die auf eine opferwillige Zusammenarbeit von Jung und Alt zählen muß und zählt.

Der Verband der jüd. Jugend Basels, der sich aus Agudah-Jugend, Britw-Hanoar, Emunah, Jüd. Turnverein und einer großen Anzahl nicht organisierter Jugendlichen zusammensetzt, wird in den nächsten Tagen mit seinem Arbeitsprogramm und den ersten in Angriff genommenen Arbeiten an die Jugend herantreten.

Basel. Hitachduth Zionith (Zionistische Vereinigung Basel.) Sonntag, den 4. Dezember 1938, 20.15 Uhr, veranstaltete die Hitachduth Zionith (Zionistische Vereinigung Basel) ihren ersten Gruppenabend dieses Winters. Herr Rudolf Jonas, Delegierter des Keren Hajessod, spricht über das Thema: «Erez Jisrael und die Judenheit». Ferner wird Herr Hillel Schwarz, Präsident des Perez-Vereins, Zürich, aus Werken jiddischer Schriftsteller lesen. Sämtliche Juden Basels sind zu diesem vielversprechenden Anlaß, der im Hotel Metropol, I. St., stattfindet, freundlichst eingeladen. Der Eintritt ist frei.

SPORT

J.T.V. Männerriege Bern. Unsere außerordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 4. Dezember, 10.30 Uhr vormittags, im Wiener Café, 1. Stock, statt.

Unser Turnverein, der schon auf ein langjähriges Bestehen zurückblicken kann, und unter einer bewährten Leitung steht, ist bestrebt, gesundes Turnen zu fördern. Ein großes und modernes Etablissement steht zur Verfügung, nebst Dusche und Ankleide-Räumen. Neuanmeldungen an der Generalversammlung. H. R.

Sportclub Hakoah, Zürich. Resultate vom Sonntag: Hakoah Schüler — Red Stad Schüler 1 : 1; Ticinesi III — Hakoah III 3 : 1; Ticinesi I — Hakoah I 4 : 2 (drei Freundschaftsspiele). Meisterschaft: Oerlikon IIIa — Hakoah II 11 : 0. Die Reserven setzen ihren Leidensweg fort. . . .

— Sonntag, den 4. Dezember, beginnt für die erste Hakoah-Mannschaft die Retour-Runde, und zwar mit dem Spiel Black Boys I — Hakoah I in Schlieren auf der Fischerwiese. Der Beginn des Spieles ist auf 10 Uhr angesetzt worden. Der Spielplatz wird mit dem Tram Nr. 2, bis Tramstation Gaswerk-Schlieren, erreicht. Die Hakoahmitglieder und Anhänger mögen berücksichtigen, daß die Tramfahrt ab Stauffacher ca. eine halbe Stunde dauert.

Jüdischer Skiklub Zürich. Leider waren letzten Sonntag noch alle Felder grün. Hoffentlich sind sie diesen Sonntag weiß! Bei einigermaßen günstigen Schneeverhältnissen findet unser erster Skikurs unter Leitung von Herrn Regli statt. Auskunft über Abhaltung, Ort und nähere Details erteilt ab Samstag abend Tel. 11. Skiheil!

DAS BLATT DER JÜDISCHEN FRAU

Die Ausstellung „Der ewige Jude"
und die Antwort einer jüdischen Frau.

Antisemitismus und Judenverfolgungen gab es immer, seitdem die Juden ihren Staat im Jahre 70 verloren haben und Ahasver ihr Sinnbild geworden ist. Aber nie nahm der Judenhaß solch furchtbare Formen an, wie im 20. Jahrhundert. Früher bemühten sie sich noch, gegen ihre Gegner anzukämpfen und die Welt aufzuklären. Jetzt sind sie vielfach von Resignation ergriffen. Diese Trauerstimmung und Teilnahmlosigkeit bringt sie aber immer näher dem Abgrund, und daher müssen Wege gefunden werden, um die Völker, die es noch gut mit dem verlassensten aller Völker meinen, immer wieder über die Schöpfer der Bibel, ihren inneren Wert und ihre Kulturgüter aufzuklären.

Stärker noch als bisher wird dann die Welt Empörung über die unwürdige Behandlung der Juden empfinden und erst recht alles dazu tun, um das Volk des Gottesgedankens und der zehn Gebote vor der Vernichtung zu bewahren. Einen dieser Wege möchte ich mit dem nachfolgenden Vorschlag zeigen.

In Großdeutschland wird in einer Stadt nach der anderen die Ausstellung «Der ewige Jude» gezeigt, in der mit Hohn und Karikaturen, mit Plastiken und Bildern vorgeführt wird, welchen Schaden die Juden unter den Völkern der Welt angerichtet haben sollen.

Sollen die Juden zu solchen Attacken schweigen? Haben sie dem nichts gegenüber zu stellen? Haben sie wirklich im Laufe von 4000 Jahren nichts geschaffen, was geeignet wäre, ihnen Achtung zu sichern und die Menschheit zu fördern?

Ist eine jüdische Ausstellung nicht auch dazu geeignet, der Welt unseren Volkswert zu zeigen, auf daß die Völker sich dafür einsetzen, daß wir weiter leben?

Vielleicht hat der «ewige Jude» Ewigkeitswerte geschaffen, die wir der Welt zu ihrer Orientierung und Aufklärung als Gegenpol zu anderen Ausstellungen zeigen dürfen, ja müssen?

Aus eigener Erfahrung weiß ich, welche Wirkung eine jüdische Ausstellung haben kann, die ich vor einigen Jahren in einer europäischen Großstadt arrangiert habe; ihr Motto war: «Die jüdische Frau, die jüdische Jugend, das jüdische Haus». Tausende von Juden und Christen, von nah und fern, besuchten diese Ausstellung, so daß nach dreitägiger Dauer die Ausstellung unter erheblichen Mitteln verlängert werden mußte.

Wir zeigten die Schönheit des jüdischen Hauses, vor allem die Poesie unserer Feiertage: den Frieden des Freitagabendtisches, den Ernst des Jom Kippur, die feierliche Heiterkeit der Laubhütte, und die Lebensfreude des Purimtages, Chanukka, das Fest der Kinder, die Würde der Seder-Tafel, Erstlingsfrüchte und Blumen von Schewuot. Alle feierlichen Bräuche von der Geburt an, die Barmizwa, zugleich ein Anlaß zu einer Ausstellung des jüdischen Buches, und die Schönheit einer urjüdischen Hochzeit waren zu sehen. Man erblickte alte jüdische Kunst: Sammlungen von Psomimbüchsen, alte und ganz moderne Menorahs, uralte Haggadas, Megillen, Gebetbücher, Familienbilder.

Wir zeigten die Leistung der jüdischen Frau auf allen Gebieten der Sozialarbeit; im besonderen, was jüdische Jugend schaffen kann: sie hat ihre Kraft bewiesen beim Aufbau Palästinas. Aus Sandwüsten wurden blühende Städte. Wo jüdische Jugend das Land bearbeitet, blüht und grünt es, und wird wieder wie einst, das Land, wo Milch und Honig fließt.

Ghettoleben mußte unsere Jugend krumm machen. Bodenständigkeit schafft wieder Makkabäer.

Und während der Ausstellung unterstrichen wir ihre Schönheit in von Kindern und Erwachsenen dargestellten bewegten lebenden Bildern, die unsere Feiertage verkörperten. Wir entschleierten die unbekannte Innigkeit des jüdischen Liedes durch liebliche Kinderchöre; wir brachten die Bibel dem Verständnis nahe durch Sprechchöre und plastische Darstellungen in bunten Farben. Alle Besucher waren tief beeindruckt und die Gründung eines jüdischen Museums war die bleibende Folge der Ausstellung.

Jüdische Frauen aller Richtungen müssen sich jetzt zu Komitees zusammenschließen und beweisen, daß wir nicht wie unsere Feinde sagen, unfähig sind, wenn es gilt, die Interessen der Gesamtheit zu vertreten; diese Komitees müssen überall Ausstellungen arrangieren.

Da die Ausstellungsgegenstände aus Privat-, Museums- und Gemeindebesitz gern leihweise zur Verfügung gestellt werden, sind die Unkosten bescheiden. Das wichtigste ist der Geschmack und Schönheitssinn der jüdischen Frauenwelt. Die Ausstellungen sollten so organisiert sein, daß sie auch Ueberschüsse für Flüchtlingshilfe bringen.

Wir jüdischen Frauen und Mütter, die wir vielleicht am tiefsten von all dem Elend betroffen werden, denn es geht ja um die Zukunft unserer Kinder, wir müssen jetzt der Welt zeigen, daß jüdisches Leid nicht durch Tränen, sondern durch ausdauernde systematische Arbeit zu lindern ist.

Es gab ja schon im alten Israel eine Mirjam, die das Volk, wenn es verzagen wollte, mit ihren Liedern zum Aushalten ermutigte. Es gab eine Esther, die mit stolzer Würde vor Mächtige trat und ihr Volk errettete. Jetzt ist wieder eine Zeit, in der wir mutige Frauen für aufklärende und aufbauende Volksarbeit nötig haben.

Jüdische Frauenorganisationen haben dieses Jahr auch mit Recht ihre Feste abgesagt. Die Ausstellung «Die jüdische Frau, die jüdische Jugend, das jüdische Haus» ist sicherlich der würdigste Ersatz. Sie bringt moralische und wirtschaftliche Erfolge, Mittel für Flüchtlinge und Aufklärungsarbeit.

Jüdische Frauen, ans Werk, von Zürich bis Genf, Paris, Brüssel, London, bis nach den Vereinigten Staaten, geleitet von dem Worte Theodor Herzls:

«Was ist die jüdische Frau dem jüdischen Volke? Nichts! Was könnte sie ihm sein? Alles!»

Die Redaktion der «J.P.Z.» ist gerne bereit, Anfragen weiter zu leiten. E. L.

Spendet für Chanukkah!

«Der Israel. Frauenverein Zürich teilt uns folgende Bitte mit: Für die Kinder des Jugendhortes, des Kinderheimes in Heiden und der von uns betreuten Familien sehen wir dieses Jahr, da die Flüchtlingshilfe von allen große Opfer verlangt, von einer größeren Chanukahfeier ab. Dagegen möchten wir unsere Schützlinge doch gerne mit dem gewohnten Paket, das die nötigsten Bedürfnisse des Jahres deckt und für die Familien eine große Entlastung bedeutet, bedenken. Wir richten daher die dringende Bitte an die Gönner unserer Kinder, diese und die dazu gekommenen Emigrantenkinder nicht zu vergessen. Wer rasch gibt, gibt doppelt!

Naturalien erbeten an die Adresse unserer Präsidentin, Frau Berty Guggenheim, Tödistraße 5; Geldspenden auf Postscheckkonto VIII 13741 Jugendhort.»

Schweiz. Israel. Waisenhaus, Basel. Die Verwaltungskommission beschloß in ihrer Sitzung vom 29. November, im Rahmen des noch verfügbaren Platzes eine Anzahl von Emigranten-Kindern kostenlos aufzunehmen.

Das Kinderheim des Israel. Frauenvereins Zürich, in Heiden,

bittet für die aus Deutschland eintreffenden jüd. Waisen- und verlassenen Kinder um Überlassung von Federbetten (Plumeans), geschenkt oder leihweise. Die Zustellung derselben wird direkt an das Kinderheim „Wartheim" in Heiden erbeten. Allen Spendern herzlichen Dank.

Israelitischer Frauenverein, Zürich

Wochenkalender

Dezember 1938		5699	
2	Freitag	9	Kislew
3	Samstag	10	
4	Sonntag	11	
5	Montag	12	
6	Die¬stag	13	
7	Mittwoch	14	
8	Donnerstag	15	

Isr. Cultusgemeinde Zürich:

Gottesdienst:

Freit. ab. Synag u. Betsaal	4.30
Samstag vorm.	9.00
Samst nachm. nur im Bets.	3.00
Ausgang	5.25
Sonntag morgen	7.00

Gottesdienst. **Isr. Religionsgesellschaft:**

Freitag abend Eingang	4.30	„ Ausgang	5.25
Samstag Schachris	8.00	Schachris wochentags	6.45
„ Mincho	4.00	Mincho wochentags	4.05

Sabbatausgang

Zürich, Baden, Endingen, Lengnau 5.25, Basel, Bern, Biel, Liestal, Fribourg 5.29, Lausanne, Yverdon, Chaux-de-Fonds 5.33, Luzern. Winterthur 5.27, St. Gallen, St. Moritz 5.21, Genf 5.38, Lugano 5.27, Davos 5.22.

FAMILIEN-ANZEIGER

Geboren: Ein Sohn des Herrn Jules Heymann, Strasbourg.

Vermählte: Herr Jakob Winter mit Fräulein Friedl Mill, beide in Zürich.

80. Geburtstag: Herr S. Bernheim Zürich, Leonhardstr. 10.

Gestorben: Frau Henriette Weil, 84 Jahre alt, Zürich.
Frau Wwe. Henriette Wolfsbruck, 78 Jahre alt, Zürich.
Herr Daniel Rothschild, 70 Jahre alt, Zürich.
Herr Raphael Meyer, 73 Jahre alt, Yverdon.
Madame Vve. Marx-Bigar, Lausanne.

Jüdischer Skiklub Zürich

Sonntag, 4. Dezember bei günstigen Schneeverhältnissen

Erster Skikurs

Auskunft ab Samstag Abend. Tel. 11.

Statt Karten

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen

RALPH FRED

zeigen hocherfreut an

Lottie Bloch
Dr. Jacques Bloch

Spiegelhofstr. 24
Zürich, den 26. November 1938

VEREIN KADIMAH ZÜRICH

Samstag den 3. Dezember 1938, Abend 8½ Uhr im Hotel Elite

Vortrag

von **Herrn Dr. Franz Kobler, Wien**

„Bilanz der Emanzipationsepoche"

Recht zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder u. Gäste erwartet der Vorstand.

Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile 60 Cts. — Druck Uto-Buchdruckerei A.-G.


HERMES
baby

